

Von der Seele der Jungdemokraten.

Die deutsch-demokratische Jugendbewegung: ihre Ziele und Bestrebungen

Erschienen: 1919

Sprache: Deutsch

Geliefert über: zvdd – Zentrales Verzeichnis Digitalisierter Drucke

Rechtsstatus:  Namensnennung 4.0 International

Letzte Aktualisierung: 08.03.2022, 11:42 MEZ

<https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/UY6PPMCBQYMO4HVSQAXCZGPMODUZEWS>

Demokratischer Verlag - Berlin-Zehlendorf-West

Politische Neuerscheinungen:

Von Dr. Walter Pinner.

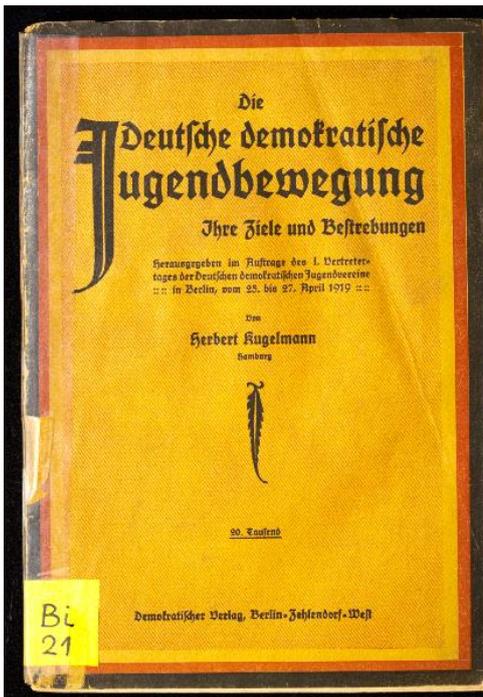
Neu gesetzt und gestaltet von Martin Ottensmann, Rosa-Aschenbrenner-Bogen 4 , 80797 München

Die Deutsch-demokratische Jugendbewegung

Ihre Ziele und Bestrebungen

Herausgegeben im Auftrage des I. Vertretertages der Deutschen demokratischen Jugend-vereine in Berlin, vom 25. bis 27.
April 1919

Freie und Hansestadt Hamburg, Schulbehörde Forschungs-Stelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg.



Die Deutsche Demokratische Jugendbewegung

Ihre Ziele und Bestrebungen

Herausgegeben im Auftrage der
I. Vertretertages der
Deutschen demokratischen Jugendvereine in Berlin,
vom 25. bis 27. April 1919

Von Herbert Kugelmann, Hamburg
Demokratischer Verlag, Berlin Zehlendorf-West
20. Tausend

An die Jugend Großdeutschlands!

Die vorliegende Schrift soll Euch Aufklärung geben über die Ziele und Bestrebungen der demokratischen Jugendbewegung. Es ist an Euch, da-für zu sorgen, daß die Zukunft unserer Partei und damit auch die Zukunft unseres Vaterlandes von richtigen Männern auf richtige Wege geleitet wird. Darum gilt unser Ruf heute:

Organisiert Euch!

Tretet ein in die deutschen demokratischen Jugendvereine und, wo keine existieren, gründet solche, damit Ihr von Eurem Wahlrecht zum jugendtagen Kassel und zu dem darauf folgenden Parteitage Gebrauch machen könnt. Es gilt die Zukunft unserer Partei und unseres Vaterlandes. Wenn Ihr mithelfen wollt, das Werk aufzubauen, das Euch Eure Zukunft sicherstellen soll, so steht nicht müßig zurück. **Kommt und helft uns im Kampf für die Befestigung unserer demokratischen Sache!**

Bund Deutscher demokratischer Jugendvereine!

Inhalt

Die Jugend in der Deutschen demokratischen Partei. Max Wießner	4
Das Friedensdokument von Versailles und die Jugend Deutschlands. Dr. Marie Baum	6
Jung=Demokratie. Ernst Lemmer	7
Unsere Jugend=Organisation. Justizrat Giehr	8
Die demokratische Mission. Dr. Gertrud Bäumer	9
Alte und Junge, Dr. Friedrich Naumann	10
Probleme. Herbert Kugelmann.....	11
Den jungen Demokraten. Conrad Haußmann.....	12
Von der Seele der Jungdemokraten. Adele Friedländer	13
Unsere ostpreußische deutsch=demokratische Jugendbewegung. Peter Rust.....	14
Ein deutscher Demokrat. Dr. jur. Hans Wollenberg.....	15
Zur neuen Reichsverfassung. Oberbürgermeister Koch.....	16
Die Hauptarbeit der Jugend! Hermann Hammerschlag.....	18
Die Jugend und die Kolonien. Karl Puttfarben	19
Prolog. Erwin Grau.....	21
Die demokratische Jugend an die Front! Prof. Dr. E. Obst.....	21
Richtlinien eines Programms der Deutschen demokratischen Partei.....	23
Aktionsprogramm.....	27
Deutsche demokratische Jugendvereine in Deutschland.	30
Die Organisation des Bundes der Deutschen, Herbert Kugelmann	31
Deutschlands Not und Zukunft? Ein Mahnruf an die deutsche Jugend. Prof. Dr. Herrmann, Posen	36
Vorläufiges Programm des nächsten Deutschen demokratischen Jugendtages:	38

Die Jugend in der Deutschen demokratischen Partei. Max Wießner

Von Max Wießner, Vorsitzender des Deutschdemokratischen Jugendvereins Groß-Berlin.

Das deutsche Volk war in seiner Gesamtheit bis zum Ausbruch des Krieges unpolitisch. Der uns beherrschende Materialismus ließ für große Ideen, für ein uneigennütziges Streben wenig Raum. Gewiß wählten wir alle fünf Jahre zum Reichstag und zu den verschiedenen Landes-versammlungen, aber niemand wird heute noch, nachdem auch den Nach-sichtigsten der Schleier von den Augen gerissen worden ist, behaupten wollen, daß die Kunst weiser und vorausschauender Politik in diesen gesetzgebenden Körperschaften eine Stätte gehabt hätte. Mehr und mehr sanken sie herab zu reinen Interessenvertretungen und auch die Parteien, die noch bei der Reichsgründung und der Schaffung der Bismarckschen-Verfassung sich von hohen Schwüngen freiheitlicher Ideale tragen ließen, versumpften mehr und mehr im Feilschen für reine Portemonnaie-Interessen. Das typischste Beispiel dafür bietet die alte nationalliberale Partei, die in wachsendem Maße zum Unterschlupf schwerindustrieller Syndikate wurde, und die gegenüber den ins Schlepptau des Bundes der Land-wirte geratenen Konservativen nur darauf bedacht war, für gewinnbringende Agrarzölle entsprechende Ausgleichs für die Schwerindustrie einzuhandeln. Abstoßend und niederdrückend wirkte jeder Wahlkampf. Die niedrigsten Instinkte wurden aufgewühlt, und wer sich nicht zu Versprechungen auf rein materiellem Gebiet verstehen wollte, mochte er sonst auch über ein geistig arbeitendes Hirn verfügen, unterlag dem gerissenen Gegner. Als weltfremder Ideologe wurde er mitleidig belächelt und abgetan. Denn nichts war mehr übrig geblieben vom Volke der Denker und Dichter, wenigstens nichts Sichtbares mehr, und selbst an unseren Hochschulen wurden die Lehrstühle selbstschaffender Köpfe allmählich willfährigen Dienern von Interessengruppen zugeschanzt. So verarmte unser Volk an schöpferischen geistigen Ideen vollkommen und wurde zum Werkzeug imperialistischer Macht- und Gewaltpolitiker, die Völker mit eigener Seele in klingende Münze umzuprägen suchten. Was Wunder, daß die deutsche Jugend von dieser widerlichen Jagd "ach dem materiellen Glück sich abgestoßen fühlte, soweit sie ihr nicht unterlag unter dem gewissenlosen Einfluß vieler sogenannter Volkserzieher, die die Saat mit gesät haben, die uns zum Verderben geworden ist. Keine Partei hatte bis 1914 eine irgendwie nennenswerte Jugendbewegung. In Tanzsälen, auf Rennplätzen, in Kneipen und Kinos und an manchen dunklen Stätten offener oder schleichender Laster mußte man des deutschen Volkes übersättigten, geistig und seelisch verarmten Nachwuchs zumeist suchen; in politischen Versammlungen sah man ihn kaum. Es gab eine Periode, wo die Sozialdemokratie namentlich auf die akademisch gebildete Jugend eine starke Anziehungskraft ausübte, aber auch das verlor sich mit der zunehmenden Bürokratisierung dieser Partei. Nun ist das große Erlebnis, das große Erwachen gekommen. An der Front und hinter der Front haben die jungen Männer und Frauen sehen müssen, daß unser scheinbar so stattlicher Reichsbau innerlich morsch war, daß ein Volk ohne lebendige Seele auch bei der straffsten Disziplin zerfallen muß, daß irdischer Reichtum die großen geistigen Güter auf die Dauer nicht zu ersehen vermag, und daß wir nur gesunden können, wenn sich der Mensch zum Menschen findet und das Gemeinschaftsgefühl nicht erstickt wird durch den aus Eigennutz sich ergießenden Klassenhaß. Deutschlands Jugend hat ihre Pflicht im öffentlichen Leben erkannt, sie fordert ihr Recht. Sie hat die ihr von falschen Propheten umgelegten Scheuklappen abgeworfen und sieht ein neues Vaterland vor sich liegen. Die größte Zeit ist angebrochen, wir wollen uns darin nicht beirren lassendurch die Sorgen des Alltags, die noch aus dem verfehlten System der Vergangenheit fließen. Nun gilt es die Wege zu bauen und die Brücken zuschlagen zum andern Äser, von dem wir den Ruf der neuen Zeithören. Wir Jungen sind bereit, ihr Alten und Älteren stoßt uns nicht zurück, stoßt uns auch nicht zurück, wenn euch die ungezügelte drängende Kraft respektlos erscheint. Im öffentlichen Leben, im Parteigetriebe wiederholt sich dieselbe Auseinandersetzung, die jede Familie kennt. Es kommt der Tag, an dem der Sohn vor den Vater tritt und mit frischfreiem Blick das Recht auf Selbständigkeit fordert. Kein kluger Vater wird es ihm wehren, er wird dem Stürmenden nur den Rat des Erfahrenen mit auf den steinigigen Weg geben. Gebt uns die freie Betätigungsmöglichkeit und versagt uns nicht als Grollende euren Rat. Mit dieser Bitte stehen wir vor euch in der Deutschen demokratischen Partei, der wir uns aus eigenem Entschluß zugewandt haben, weil wir in ihr die Partei der Jugend sehen. Die Jugend kennt keinen Doktrinarismus, sie will nicht eingepreßt sein in

unabänderliches Dogma. Unbelastet mit den Fehlern der Vergangenheit treten wir jungen Demokraten an die aus der neuen Zeit geborenen Probleme heran, die wir in voller Toleranz prüfen und in demokratischem Geist der Lösung zuführen wollen. Der Krieg hat uns die **Demokratie** erleben lassen. Wir wollen diese Errungenschaft unserem schwer ringenden Volke erhalten und unser starker Glaube an die Menschheit gibt uns die Kraft, an dem Wiederaufbau werktätig teilzunehmen. **Klassenkampf und Klassenhaß sind uns fremd**, die aus dem Obrigkeitsstaat gebliebenen Reste wollen wir rasch und durchgreifend überwinden helfen durch Betätigung sozialer Gesinnung im politischen, beruflichen und persönlichen Leben. Die **Deutsche demokratische Partei** soll und wird uns dazu Raum geben, damit eine politische und soziale Erneuerung das kranke Volk rasch wiederheilt. Wir gründen unseren neuen Bau nicht auf äußere Gewalt, sondern nur auf die moralische Kraft, die aus der Überwindung des politischen Gegensatzes zwischen Herrschenden und Beherrschten, aus der Solidarität des ganzen Volkes fließt. Das war das Bekenntnis des ersten Jugendtages, der in Berlin vom 25. bis 27. April stattfand und das wird das Bekenntnis des allgemeinen Jugendtages sein, der im Anschluß an den Parteitag aller deutschen demokratischen Organisationen am 28. Mai in Kassel zusammentreten soll. Im Rahmen der **Gesamtpartei**, nicht neben ihr und nicht gegen sie, wollen wir unseren Weg gehen, aber doch mit dem festen Willen, die Partei zu einer Partei der Zukunft zu machen und in ihr den Geist der Jugend wachzuhalten und zu stärken. Die beiden organisatorischen Vorläufer der Deutschen demokratischen Partei, die Fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberale Partei kannten eine Jugendbewegung nicht, wie sie uns vorschwebt. Die eine war müde geworden und verfügte nur über wenig Jugendorganisationen, die andere sah in den Jugendlichen mehr eine Nebenorganisation als eine Triebkraft, die gesamte Partei jung und frisch zu erhalten. In diese Fehler wollen wir nicht verfallen, sondern wollen nach unserem Satzungsentwurf ein enges Band um die Gesamtpartei und um die in ihre täglich wachsenden Jugendorganisationen schließen. Aber die Jugend will ihre Organisationen **selbst** bauen und pflegen und deshalb hat sie sich den Bund der Deutschen demokratischen Jugendvereine über das ganze Reich geschaffen mit dem Ziele, „**sämtliche** zur Deutschendemokratischen Partei gehörenden Jugendvereine organisatorisch zusammenzufassen und in der Deutschen demokratischen Partei den Geist der Jugend wachzuhalten und zu beleben.“ Das oberste Organ dieses Reichsbundes soll der jährlich abzuhaltende Jugendtag sein, über die Durchführung seiner Beschlüsse wacht ein von ihm gewählter Reichsausschuß und die laufenden Geschäfte sind einer Hauptgeschäftsstelle übertragen, die zurzeit dem Deutschen demokratischen Jugendverein Groß-Berlin (Berlin C. 2, Burgstr. 27, II) angegliedert ist. Das Ziel dieser organisatorischen Zusammenfassung muß neben der politischen Werbekraft der dauernde Austausch der in den einzelnen Ortsvereinen gesammelten Erfahrungen sein, um auch in der Agitation die rationellste Arbeitsmethode durchzuführen. Das ist unbedingt notwendig, um Zeit und Mittel zu sparen. Denn mögen uns auch unsere politischen Gegner von rechts und links als die Partei des Kapitalismus zu diskreditieren suchen, so wissen wir doch besser, daß wir in finanzieller Hinsicht eine Konkurrenz mit den beiden Volksparteien auf der Rechten und der Sozialdemokratie nicht aufnehmen können. Unsere einzige Stärke liegt in **unserem Idealismus**, der zu Opfern an Zeit und Kraft bereit ist. Wenn sich jeder und jede unserer jungen Freunde und Freundinnen der Pflicht nicht nur der demokratischen Partei, sondern dem ganzen Volke gegen-über bewußt ist, dann wird und muß es uns gelingen, über das ganze Reich ein dichtes Netz unserer Jugendvereine zu ziehen. Kein Ort darf ausgelassen werden und sei er noch so klein. Denn es gilt den Boden zu bereiten für die große Deutsche demokratische Partei der Zukunft, die alle Stände umfaßt und die noch jung und lebensstark sein muß, auch wenn wir, die wir jetzt Träger der Jugendbewegung sind, alt geworden sein werden.

Demokratische Jugend und demokratische Zukunft. Prof. Dr. Otto Schreiber

Von Professor Dr. Otto Schreiber, Geh. Regierungsrat, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der Deutschendemokratischen Partei, Berlin.

Die Organisation der Jugend der Deutschen demokratischen Partei ist geboren!

Durch den Beschluß der zur Vorbesprechung für den Jugendtag zusammengekommenen Delegierten der Deutschen demokratischen Jugendorganisationen, der in Berlin am 26. April gefaßt wurde, kann man sagen: der Bund Deutscherdemokratischer Jugendvereine besteht. Wie an der Wiege eines jungen Menschenkindes,

so stehen auch hier die zukunftsweisenden Auguren verschiedener Gefühle, verschiedener Weißsagungen voll. Es wird nicht an Bedenklichen fehlen, denen die junge Gestalt gefährlich zu fein scheint; die von der zusammengefaßten Arbeit Jugendlicher, also ungebärdiger Kräfte bedenkliche Zielrichtungen befürchten. Aber wer noch Mut im Herzen fühlt, wem die ewige Verjüngung des überalten Europas ein Trost ist — auch in der Politik — der wird die junge Gründung begrüßen und Gutes von ihr hoffen für das Vaterland, wie für die engere Partei. Unerfahrenheit und schnelles Temperament verkämpfen sich gelegentlich in Nebensächlichkeiten; verirren sich auch wohl auf Sackgassen und Seitenwegen. Aber sie äußern sich als hinreißender Idealismus, wo sie auf dem rechten Pfade sind und es sich um Hauptsachen dreht. Niemand, der der Gründungstagung des Bundes der Deutschen demokratischen Jugendvereine beiwohnte, wird daran zweifeln wollen, daß dieser Idealismus in der demokratischen Jugend lebt; er wird wünschen, daß er sich weiter entwickeln und sich auswirken möge in der Jugend selbst, wie in der gesamten Partei. Jeder, der dabei war, wird auch wissen, daß der ehrliche Wille, die Gefahren jugendlicher Politik zu vermeiden, und dem Alter zu geben, was des Alters ist, sich deutlich kundtut. Solcher Überzeugungen froh, grüßen wir die demokratische Jugend und ihren neu gegründeten Bund, freuen uns mit ihr des verheißungsvollen Anfanges und vertrauen auf guten Fortgang. Möchten unsere jungen Freunde im neuen Bund werbend eine erfolgreiche Tätigkeit entfalten. Möchten sie der Demokratie sichern und erziehen, was für ihre Zukunft das Wichtigste ist: einen begeisterten, demokratisch überzeugten und tatbereiten Nachwuchs. Möchten sie mit der Frische ihrer jungen Jahre und der herzenswarmen, idealen Gesinnung, die sie belebt und die durch Erfahrungen noch nicht gelähmt ist, den Älteren helfen, unserem Vaterlande das zu geben, was es jetzt und in alle Zukunft braucht: frisches Blut und ungebrochenen Mut!

Das Friedensdokument von Versailles und die Jugend Deutschlands. Dr. Marie Baum

Von Dr. Marie Baum, Mitglied der Nationalversammlung.

Als im November 1918 die Waffen gestreckt waren, erhob sich in weiter Ferne noch, aber doch in goldener Leuchtkraft das Bild des Friedens. Frieden, — dies hieß Aufhören des mörderischen Blutvergießens, hieß Wiedervereinigung mit den Gefangenen, ein Aufatmen für Frauen und Kinder, hieß Brot und Arbeit, Arbeit die harte Schadensersatzleistungen umfassen, aber doch auch Freiheit lassen würde, das Leben neu und kraftvoll wieder aufzubauen. Nach solcher Kräfteanspannung sehnten sich die Besten unter unserer Jugend, denen die Kurve der Entwicklung durchjahrelange Schützengrabenexistenz unterbrochen war. Jetzt würde sich das goldene Leben wieder anknüpfen, das Höchste auf Erden und im Himmel wieder erstreben und erstürmen lassen, wie es das Recht der Jugend ist. Das Dokument von Versailles, dieses Dokument des Hasses und der Rache, das sich selbst als Grundlage eines festen, gerechten und dauerhaften Friedens zu bezeichnen nicht schämt, hat einen vernichtenden Schlag gegen diese Hoffnungen der Jugend geführt. Das deutsche Volk soll entmündigt und geknebelt, schließlich ausgerottet werden. Frauen, Greise und Kinder übergibt man wiederum Elend und Tod, denn wenn unsere Volkswirtschaft ihrer wichtigsten Quellen beraubt, wenn unser Viehbestand um 140 000 Milchkühe und Hunderttausende anderen Nutztviehes verringert wird, ist die Aushungerung von Millionen von Menschen, in erster Linie natürlich der Kinder, unvermeidlich. Die Jugend aber wird auf Generationen hinaus zur Arbeitsfron für Fremde verdammt, zu einem Leben in Gefängnissen, von dessen Schrecken wir uns vorläufig nur unvollkommene Vorstellungen machen können. Der, dem die Folgen eines solchen „Friedens“ erfaßbar sind, weiß nur eine Antwort: Niemals kann ein solcher oder ein aus ähnlichem Geistgeborener Vertrag unterschrieben werden; komme, was kommen mag. Kein Staatsmann wird die Verantwortung dafür tragen können, und fände sich einer zur Unterschrift bereit, so würde kein Volk hinter ihm stehen. Es gilt um neuen Geist zu ringen. Was nun denken die Menschen, die heute jung sind? Unbedingter Entscheidung zuneigend, wird es für sie vor allem die beiden Extreme geben: Heroische Hingabe für das geliebte Land, das die Verstümmelung durch Menschen- und Gebietsschacher nicht erträgt; oder aber gläubiges Vertrauen auf neue Völkerbunds- und Völkerfrühlingsgedanken, dem gegenüber die den Augenblick als unerträglich empfundenen Bestimmungen belanglos erscheinen. Den einen rufen wir zu: Seid eingedenk, daß der Völkerbund ein Zerrbild oder ein Nichts ist ohne starke, freie Völker! Den andern: Haltet euer Opfer bereit, ohne es erfolglos zu verschwenden, wieso vielheiliges Blut schon erfolglos verspritzt worden ist! Feste, klare Entschlossenheit muss sich das ganze Volk, muss sich vor allem auch die Jugend jetzt bewahren oder

abringen. Nur in zähem Festhalten an unseren demokratischen Idealen und an den auf sie begründeten Wilsonschen Punkten können unsere Gesandten da brausten in schweren Tagen und Wochen Schritt für Schritt Boden gewinnen für die geschändete, jetzt von uns allein vertretene Gerechtigkeit. Vom ganzen Volk, von der Jugend, um deren Zukunft es geht, mästen sie sich dabei getragen und gestützt fühlen. Fällt dann die Entscheidung, die in jedem Falle ungeheure Opfer verlangt, so ist die **gewisse** Last mit Würde zu tragen, der Schritt ins **dunkle** Ungewisse mit Zusammenraffung und Aufbietung aller unserer tiefsten und besten Kräfte zutun. „Das Recht ist kostbarer als der Frieden“, hat Wilson, der uns jetztverrät, einmal ausgesprochen. Über dem Recht noch steht uns die Liebe zur Heimat, die wir nicht verraten dürfen. Einst muss der Tag ja kommen, an dem an Stelle des jetzigen menscheitsverzehrenden Hast Liebe und Güte herrschen werden.

Jung=Demokratie. Ernst Lemmer

Von **Ernst Lemmer**, Remscheid.

Mit innerlichem Jubel — die nationale Rot des Vaterlandes dämmte die Freude ein — begrüßten wir von dem Schlachtfeld Heimkehrenden, die wir unter dem Druck des Krieges seelisch wie physisch unsäglich gelitten haben, den Anbruch einer neuen Zeit. Der 9. November ist für uns, trotz aller bösen Begleiterscheinungen und Auswüchse der Tag, an dem das Sehnen unserer Seele nach Freiheit und Menschlichkeit, das Verlangen nach Demokratie in der Organisation des Volkes zum großen Teil in Erfüllung gegangen ist. Heute will uns manches in der neuen Ordnung verzerrt und verworren erscheinen, da der radikale Irrsinn durch den allzu langen Widerstand der gebrochenen Reaktion bei Teilen unseres politisch noch ungeschulten Volkes aus Verzweiflung Anklang gefunden hat. Ein ungeheures Chaos ist an Stelle der alten Ordnung getreten, und der deutsche Volkskörper will in seinen gegenwärtigen Zuckungen nicht die notwendige Ruhe finden. Bei Betrachtung dieses trostlosen Bildes könnte leicht die Freude über die neuerworbene Freiheit und über den siegreich gewordenen neuen Geist getrübt werden, jedoch wir, die deutsche Jugend, wollen mit der uns eigenen Zukunftsfreude über all die bestehenden Schwierigkeiten hinweg das neue Deutschland zimmern. Ein neues Vaterland, belebt mit unsern Idealen — denn die ändern, die alten, wo sind sie geblieben? — soll erstehen, durchweht von dem frischen Geist ehrlicher, demokratischer Staatsgesinnung. Viele, die draußen im Granatloch von höherer Warte aus Treiben und Hasten im Heimatland beobachten konnten, waren bis aufs tiefst verbittert. In solcher Verbitterung drohte mancher sein seelisches Gleichgewicht zu verlieren, als die Massen in einem einzigen Aufschrei das Bestehende niederschlugen und nach besserer Ordnung aufbegehrten. Die Deutsche demokratische Partei, entstanden aus dem Erleben des Krieges und seiner politischen Folgeerscheinungen, sammelte alle die Heimkehrenden, die die neue Idee gefunden, aber mit Besonnenheit verwirklichen wollten. Die Deutsche demokratische Partei zählt uns als begeisterte Mitkämpfer in ihren Reihen, und sie wird ohne Zweifel dafür Sorge tragen, daß nicht der Revolution gegenüber aus Opportunitätsgründen, sondern aus der Lebendigkeit des Empfindens heraus demokratische Politik im Innern wie nach außen bis zur letzten Konsequenz getrieben wird. Dann gehört uns, trotz mancher Enttäuschungen in der Tagespolitik, die Zukunft. Groß und gewaltig sind die Aufgaben, deren Lösung uns bevorsteht. Nur durch ehrliches, gegenseitiges Vertrauen, der Jungen wie der Alten, kann die Lösung segensreich erzielt werden. Habe man Vertrauen zur Jugend, die durch die harte Schule des Schlachtfeldes gegangen, sich ernste Lebensauffassung und frühe Reife angeeignet hat. Wir fassen mitsittlichem Ernst unsere Demokratie auf, die für uns Religion geworden ist. In nächtlichen Gesprächen durchstritten wir draußen, von Tod und Elend umgeben, die Weltanschauungskämpfe der Zeit, dabei lernten wir uns verstehen. Alle Übertünchung einer Überkultur war gefallen, kein Schein mehr, angesichts des bitteren Todes fiel all das Trennende und der wahre Mensch entpuppte sich. Ein gemeinsames Band umfaßte alle, man fragte nicht mehr nach Stand und Glauben, ein einstimmiger Pulsschlag der Gesinnung durchzuckte uns. Das war reine Demokratie. Demokratie war es, wenn das tödliche Blei ohne Auswahl hoch und niedrig, arm und reich, Offizier und Mann dahinraffte. Der Schlachtentod war unbestechlich. Demokratie war es auch, wenn der Mann auf gefährlichem Posten, von den Anstrengungen übermüdet, wachte im Bewußtsein der Pflichten gegen die schlafenden Kameraden. Rechte und Pflichten gehören bei der Demokratie zusammen und müssen im Einklang miteinander stehen. Vieles andere ließe sich noch an Beispielen aus dem Erleben anführen, denn auf eigenem Erleben beruht die demokratische Gesinnung der Jugend. Die Eindrücke sind zu stark gewesen, als daß sie ohne nachhaltende Einwirkung auf die Gesinnung geblieben wären.

Bahnbrechend gilt es, mit der Entwicklung zu gehen, selbst treiben und stoßen, und nicht gedrängt zu werden. Die Jugend wünscht mitzuarbeiten bei einer aufbauenden schöpferischen Politik. Nie wuchs eine Jugend unter schwereren Bedingungen heran, denn was ist für uns nicht alles Enttäuschung geworden. Man würdigte oft nicht genügend unsere seelischen Leiden in dieser Zeit, durch den Sturz so mancher Autoritäten. Darum erziehen wir uns, bilden wir uns neue, wahre Ideale, bei deren Verfolgung wir uns einsetzen wollen mit großer Überzeugung und voller Kraft. Unser seelisch krankes Volk bedarf zum neuen Aufstieg der Genesung, an der wir mithelfen wollen aus Liebe zu unserem deutschen Volk und aus Liebe zur gesamten Menschheit. Denn echte Liebe zum Vaterland und echte Liebe zur Menschheit wohnen in einem Herzen. „An der deutschen Jugend Wesen, soll unser Volk genesen.“

Unsere Jugend=Organisation. Justizrat Giehr

Von Justizrat Giehr, Insterburg, Mitglied der Nationalversammlung.

Der beste Prüfstein dafür, ob eine neue politische Partei mehr als eine bloße Augenblicksschöpfung ist, ob sie die Kraft haben wird, richtunggebend für eine absehbare Zukunft des Reiches zu beeinflussen, ist die Stellung, die die Jugend zu ihr einnimmt. Das gilt vor allem in Zeiten wie den jetzigen, die unter Schmerzen Neues gebären wollen. Ist dieser Satz richtig, dann kann die Deutsche demokratische Partei voll Zuversicht in die Zukunft blicken, denn erfreulich stark ist der Zustrom der Jugend zu ihren Jugendgruppen. Was ist der Sinn und Zweck dieser besonderen Jugendorganisation in der Partei? Er ist ein doppelter: Die Jugend will empfangen und lernen, sie ist aber auch bereit und fähig zu geben. Politisch denken lernen will unsere Jugend, sie will die gewaltigen Ereignisse, deren Zeuge sie wird, politisch werten lernen. Sie sucht nach den tiefsten Gründen des erschütternden Zusammenbruchs unseres Vaterlandes, für das viele aus ihren Reihen gekämpft und geblutet haben und sie sucht nach neuen Wegen, die unser armes Volk politisch und wirtschaftlich aus dem Elend der Gegenwart wieder vorwärts und aufwärts zu glücklicherer Zukunft führen könnten. Riesenhaft sind die Probleme, die die Eigenart unserer Zeit täglich neu auswirft. Die völlige Umgestaltung der Weltkarte, die Regelung der Beziehungen der Völker untereinander für die Zukunft, der Kampf um die Überwindung des Partikularismus in Deutschland und die Schaffung der Reichseinheit, der Umbau des Arbeitsrechtes, die mehr oder minder glücklichen Versuche einer Umgestaltung unseres Wirtschaftsorganismus und tausend andere Probleme tauchen täglich neu auf und zwingen federnpolitisch denkenden Vaterlandsfreunde sie innerlich zu verarbeiten und an einer befriedigenden Lösung mit zu schaffen. Und in einer solchen Zeit sollte unsere tatenfrohe Jugend müßig beiseitestehen, anstatt an dem Aufbau der Zukunft — ihrer eigenen Zukunft — freudig mitzuhelfen? Das will sie nicht und das wird sie nicht. Aufgabe der Partei ist es, ihr dabei zu helfen, ihr das Handwerkszeug für diese Mitarbeit zu schaffen und ihr die Erfahrungen des geschulten Politikers zugänglich zu machen. Das darf beileibe nicht schulmeisterlich lehrhaft geschehen, sondern in engster Verbindung mit dem, was ein junges Herz an Lebenslust und Freude verlangt. Deshalb soll die Jugendgruppe keineswegs nur Politik treiben, sondern für die Betätigung der Wander- und Sangeslust, der Freude an Natur und Kunst und dem jugendlichen Frohsinn breitesten Spielraum lassen. Der Wissensdurst der Jugend wird von selbst schon immer wieder auf Fragen zurückgreifen, über die sie ja jetzt schon in reichlich jugendlichem Alter mitzuentcheiden hat, vielfach, wie manche von unseren jungen Staatsbürgern selbst empfinden, noch ohne genügende Schulung für diese neue verantwortungsvolle Pflicht. Die Jugend soll aber nicht nur empfangen, sie soll der Partei auch geben. Die Jugendorganisation soll die lebendige Fühlung der Partei mit der vorwärtsdrängenden, ungeduldigen jüngeren Generation vermitteln, sie soll die Partei jung und entwicklungsfähig erhalten. Das Fehlen eines solchen Jungbrunnens hat in der vorrevolutionären Zeit manche Partei büßen müssen. Verknöcherung der Einzel- und Zentralorganisationen, Herausbildung eines Parteibonzenums, das auf alten Lorbeeren schlummert, anstatt sich täglich neu das Vertrauen der Parteifreunde zu erringen, ist die notwendige Folge, wenn die Heranwachsenden nicht die Möglichkeit haben, ihre eigenen Ideen rechtzeitig zu Gehör zu bringen. Die Gefahr liegt nahe, daß schließlich ein Zeitpunkt kommt, in dem die Jugend und die offizielle Partei sich nicht mehr verstehen und die Jugend zu anderen Parteien abspringt, die sich ihrer mehr annehmen. Nur keine Besorgnis vor der Kritiklust der Jugend, ihrer Respektlosigkeit vor dem Überkommenen, vor ihrem oft allzu ungestümen Betätigungsdrang! Nichts kann der Demokratie mehr nutzen, als solche Versuche der Jugend, innerhalb der Partei ihre Gedanken zur Geltung zu

bringen. Die Kritik der Jugend arbeitet und schleift an den Anschauungen und Programmen der Alten herum. Was davon Dauerwert hat, wird sich leicht gegen jede Kritik behaupten, Mängel und Rückständigkeiten werden aber rascher erkannt und beseitigt. Der Kampf ist auch hier der Vater aller Dinge. Sollen die Jugendgruppen in dieser Weise befruchtend auf das Parteileben wirken, dann ist es nötig, ihnen eine gewisse Selbständigkeit zulassen. Sie sollen ihren eigenen Vorstand bilden und sich grundsätzlich selbst verwalten. Die Schwierigkeit der Organisation besteht nur darin, diese Selbständigkeit mit der unbedingt gebotenen Einheitlichkeit der Partei zu vereinigen, damit nicht eine „Partei in der Partei“ entsteht, die den Keim der Zerstörung in die Gesamtorganisation trägt. In Ostpreußen versuchen wir, dieser Schwierigkeit dadurch Herr zu werden, daß wir in die Vorstände der einzelnen Jugendgruppen Vorstandsmitglieder der lokalen Parteiorganisation hineindelegieren, während die Jugendgruppen mehrere ihrer Vorstandsmitglieder in den Jugendausschuß entsenden, den wir bei jeder örtlichen Parteiorganisation einrichten. Ähnlich könnte man es bei den Wahlkreisorganisationen und der Reichsorganisation machen. Die Hauptsache wird aber bleiben, daß wir unsere Jugend zu der Erkenntnis erziehen, daß die Deutsche demokratische Partei nur dann politisch wirken und Einfluß ausüben kann, wenn sie nach außen unter allen Umständen geschlossen auftritt, wenn Jugend- und Parteiorganisationen sich als untrennbare Einheit fühlen und betätigen. Möge es unserer demokratischen Jugend nie an Führern fehlen, die in unserem demokratischen Nachwuchs diese Erkenntnis wachzuhalten verstehen! Dann wird unsere Jugend - Organisation dazu mithelfen, die deutsche Demokratie dauernd jugendstark und kraftvoll zu erhalten, als die wichtigste Mitarbeiterin am Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Die demokratische Mission. Dr. Gertrud Bäumer

Von Fräulein Dr. Gertrud Bäumer, Mitglied der Nationalversammlung.

Braucht man heute noch demokratische Politik? Staatliche Lebensformen, die erreicht sind, brauchen nicht mehr erstrebt werden. Äußerlich genommen, ist die demokratische Politik am Ziel: wir haben das demokratischste Wahlrecht der Welt; wir schaffen uns die demokratische Verfassung. Wenn dies das Ziel demokratischer Politiker war, kann sie nun vom Schauplatz abtreten. Wir fühlen den Widersinn, der in dieser Vorstellung liegt. Die politischen Lebensformen sind nicht Selbstzweck. In ihnen soll erst demokratisches Leben sich entfalten. Demokratie ist nicht eine Urkunde, nicht einmal eine allgemeine Wahl und ein Parlament. Demokratie ist Volksleistung, Einzelbewußtsein, eines jeden Gesamtwille, politischer Lebensstil. Daß die Verfassung demokratisch ist, ermöglicht demokratisches Leben, erzeugt es aber noch nicht. Darum muß es erstrebt Demokraten geben im demokratischen Staat. Worin liegt ihre Bestimmung? Demokratie ist Vertrauen zum Verantwortungsbewußtsein und guten Willen eines jeden; sie wurzelt in der Ehrfurcht vor der Persönlichkeit, die grundsätzlich, in jedem Menschen, so weit geachtet wird, daß keiner nur Untertan, nur Objekt und politischer Sklave sein soll. Darum ist Demokratie eine ständige Aufgabe der Selbsterziehung und der Volkserziehung. Immer wieder ist „Masse“ in Gemeinschaft zu verwandeln, ist Menschenwürde und Staatsbürgerbewusstsein in kleinen, dumpfen, befangenen Seelen zu entbinden, ist das politische Ehrgefühl zu lösen aus den Versuchungen von Egoismus, Interessensjägerei, spießbürgerlicher Ängstlichkeit um das eigene Wohl. Demokratie ist die vornehmste, loyalste Staatsform, weil sie **allein** jeder Kraft Platz gönnen, jeder Selbständigkeit ihr Recht gewähren will. Sie ist die einzige klare, reine Atmosphäre für das Wachstum von Kultur, Gemeinschaftsleben, persönliche Initiative jeder Art —die einzige Grundlage für den Auftrag der Tüchtigen, die einzige anständige Art des Miteinanderlebens mündiger Menschen. Die Demokratie darf allerdings, um diesen ihren Sinn zu verwirklichen, die geistigen Grundlagen nicht aufgeben, auf denen sie entstanden ist. Sie darf nicht aufhören, freiheitlich zu sein. Sie muß mehr und noch etwas anderes sein als einfache Majoritätsherrschaft. Ihr Wesen besteht nicht darin, daß die Majorität die anderen unterdrückt, sondern, daß jede Kraft, jede Wesensart in der millionenfachen Vielgestaltigkeit der Nation ihren Weg zur Gemeinschaft findet, eingefügt, verwertet wird aus großer Gesinnung und überlegener Freude an dem Miteinander der Arbeit. Demokratie bringt den Kulturgrad eines Volkes ganz rein zum Ausdruck; sie wird plump mit den Plumpen, bestechlich mit den Bestechlichen, geistlos, wenn in der Nation der Geist keine Macht hat. Ein Volk kann soweit den großen, echten Sinn der Demokratie verwirklichen, als es selbst echt ist, Kultur besitzt, Respekt vor dem Tüchtigen, Achtung vor dem Andern, seiner Freiheit und seiner Art. Darum

genügt die Demokratie als äußere Form nicht. Jede politische Form kann im Widerspruch mit ihrem Geist mißbraucht werden. Sie muß erfüllt werden mit demokratischer Gesinnung. Und auf das Starksein in dieser Gesinnung ist niemand mehr als die Jugend angewiesen. Sie braucht Spielraum für das Unerlebte, Neue, das aus ihr treibt, sie braucht freiheitliche Duldung, sie braucht alle Möglichkeiten, an der Gemeinschaft mitzuwirken. Darum soll sie — als Vorbedingung aller Entfaltung — demokratische Gesinnung in sich und in der Welt klären und befreien helfen, d. h. die Adern frei und reingalten, durch die alles Leben im Körper der Nation frisch und leicht dahinströmt.

Alte und Junge, Dr. Friedrich Naumann

Von Dr. Friedrich Naumann, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Männer scheiden sich sehr genau in drei Teile: die alle Generation, die nicht mehr im Felde gekämpft hat; die mittlere Generation, die den großen Kampf geführt hat und die beginnende Jugend, die noch nicht ins Feld gezogen ist. Bei den Frauen ist die Unterscheidung nicht ebenso scharf, weil bei ihnen der Unterschied zwischen Kämpfern und Nicht-kämpfern weniger in die Erscheinung tritt. Die Führung des öffentlichen Lebens ist zunächst in den Händen derer, die (abgesehen von Einzelfällen) nicht mehr kriegsfähig gewesen sind. Das liegt in der Natur der Sache, weil politische Leitung immer einen ziemlich langen Lebensgang voraussetzt. Mag auch die Revolution an sich die Neigung haben, jüngere Elemente in den Vordergrund zu schieben, so beweist die Praxis, dass auch die Minister und Abgeordneten der Republik im Durchschnitt keine jungen Männer mehr sind. Wenn also in den nächsten Jahren von einem Gegensatz der Alten und Jüngeren die Rede sein wird, so sind dabei sehr oft die „Jüngeren“ schon Leute fortgeschrittenen Alters. Was nun zwischen diesen beiden Generationen liegt, deren Grenze ungefähr das 50. Lebensjahr fein dürfte, lässt sich heute noch nicht genau formulieren. Ich nehme an, dass die Gruppe der Menschen unter 50 Jahre den neuen Verhältnissen mit etwas mehr Optimismus entgegengeht als die Alten, weil die Kraft des Neuanfangens und Wiederaufbauens eine Größe reift. Die Alten haben die Pflicht, den Staat durch die unsagbar schwierige Gegenwart hindurchzutragen, dann aber bald dafür zu sorgen, dass Talente, die durch den Krieg geweckt wurden, mit in die Führung Hineinrücken. Die Umdenkung, die uns bevorsteht, wird viel grösser sein, als die meisten Menschen jetzt ahnen. Wohin sie sich richten wird, ist heute noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen, da wir die Wirkung der künftigen Armut und Gebundenheit noch nicht ermessen können. Wahrscheinlich lässt sich von einer neuen Weltanschauung erst in acht oder zehn Jahren reden, weil solange die Geister und Gemüter Zeit brauchen, um sich mit den Tatsachen abzufinden. Inzwischen vollzieht sich an einer anderen Stelle ein zweiter ähnlicher Kampf. Die eigentliche Jugend, deren Kern im nächsten Jahrzehnt diejenigen jungen Leute sein werden, die nicht selbst den Krieg geführt haben, wird unter einem Drucke leben, der von der jüngeren Generation der Kämpfer ausgeht. Diese jüngere Generation der Kämpfer (was heute ungefähr zwischen 19 bis 30 Jahre liegt) scheint die Hauptlast des neuen wirtschaftlichen Lebens tragen zu müssen. Von ihrer Kraft des Entschlusses und von ihrer technischen Erfindung hängt es ab, ob wir in der Schuldknechtschaft verbleiben oder sie überwinden können. Diese Generation muss aus Deutschlands Arbeitskräften so viel wirtschaftliche Werte herausholen, als nur überhaupt möglich ist. Darin liegt eine vollständige Umgestaltung des bisherigen sozialen Aufbaues, denn mit abhängigen und am Ertrage unbeteiligten Arbeitern kann die Freiheit der Nation voraussichtlich nicht geschaffen werden. Man soll nicht glauben, dass die großen sozialen Folgen des Krieges unmittelbar am Kriegsschluss eintreten. Das, was heute herbeigeführt werden kann, ist nichts anderes als eine gewisse schematische Verwirklichung von Programmen, die längst vor dem Krieg zurecht gemacht wurden, und die heute kaum mehr passen. Es entstehen neue, andersartige Sozialisierungsprogramme, in denen der neue deutsche Geist seine Form findet. Während nun dieses möglicherweise der besondere Charakter der Gruppe ist, die noch im Krieg war, ist es nicht unmöglich, dass zwischen ihr und der nächstfolgenden eigentlichen Jugend Gesinnungs- und Stimmungsunterschiede tiefer Art hervorbrechen. Ohne den Versuch zu machen, über fernliegende Entwicklungen zu weissagen, halte ich für wahrscheinlich, dass die Jugend, die hinter dem Krieg ist, viel individualistischer sein wird, sowohl im guten, wie im bösen Sinne des Wortes. Sie hat im Allgemeinen vom Kriege mehr das Lockernde und Auslösende erlebt als Disziplin und Pflicht. Gerade darum werden die Probleme von Einzelpflicht und Recht von ihr in neuer Gestaltung empfunden werden. Einiges von dem, was wir vor dem Kriege als Wandervogelgesinnung bezeichneten, mag in verstärktem Maße

wiederkehren. Es ist auch denkbar, dass inzwischen die internationalen Beziehungen sich so sehr geändert haben, dass das internationale Problem dann in einer realisierbaren Form der Menschheit vorliegt. Bei allen diesen Andeutungen muss im Sinne behalten werden, dass der Einzelmensch nicht nur Mitglied seiner Altersgruppe ist, sondern aus seinem eigenen Entwicklungsgang marschiert, so dass mancher Alte mehr zu den Jungen und mancher Junge mehr zu den Alten gehört. Die deutsche Demokratie wird niemals bloß die Vertretung einer Altersklassesein können, weder der ältesten noch der jüngsten. Sie muss im Wechsel der Generationen dem Volk als Ganzes ihre Kräfte widmen, deshalb aber muß sie dafür sorgen, daß nicht die nachrückenden Geschlechter unter dem Drucke stehen, als feien sie etwa nicht vollwertige Mitglieder der Partei. Wir begrüßen die Bildung jungdemokratischer Vereine!

Probleme. Herbert Kugelmann

Von **Herbert Kugelmann**, Hamburg.

Aus heißer Liebe zum Vaterlande heraus erklärt sich das Bestreben der Jugend, sich heute mehr denn je mit der Politik zu befassen, und im öffentlichen Leben gehört zu werden. Nicht einseitiger Parteigeist durchzieht die große Deutsche demokratische Jugendbewegung, nicht der Ehrgeiz, in einer Partei große Stellungen zu erringen und die Alten, die uns mit führendem Beispiel vorangegangen, zu verdrängen, sondern von ihnen zu lernen, ihren Ratschlägen zu folgen, in ihre Fußtapfen zu treten, mit ihnen gemeinsam an dem großen Werk des Aufbaus unserer Partei und damit an der Gesundung unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Frischer Geist durchzieht die Jugend, neue Tragkraft in die morschen Pfeiler der Parteibewegungen bringend; rücksichtsvoll und pietätvoll, ohne zu große Schärfe will sie ihren Willen durchsetzen, aber auch schonungslos dort, wo sie sieht, daß der neue Geist, der in den November-Tagen 1918 in die Demokratie einziehen sollte, sich nicht durchsetzt und von dem alten Kleinlichkeitsgeist aufgehalten wird. Manche bittere Enttäuschung haben wir schon erlebt und manche Enttäuschung mag uns noch bevorstehen, wenn wir daran denken, daß nicht in allen Fällen und nicht so, wie man gedacht, die neue Idee sich durchgesetzt hat. Darum wird man es erleben müssen, daß die Jugend innerhalb aller großen Parteien eines Tages das Alte hinwegfegen wird, um Platz zu machen für die Ideale, die einzig und allein die Gesundung des Vaterlandes herbeiführen können. Sich nicht auf den Boden der Tatsachen zu stellen und mit dem abzufinden, was des Volkes Wille war, ist von jeher der größte Fehler unserer alten Politiker gewesen. Haben wir heute nicht dasselbe Bild? Werden nicht selbst in den linksstehenden Parteien Stimmen gegen die großen Probleme laut, die die Revolution aufgerollt und die als „Geschenk der neuen Zeit“ uns Glück und Heil spenden könnten? Versucht man nicht wieder durch Kompromisse das zu umgehen, was die heutige Zeit fordert?

Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, nur den Willen der Jugend möchte ich zum Ausdruck bringen: Wir fordern wahrhafte Demokratie, die uns Achtung von unseren politischen Gegnern und Achtung von unseren Feinden erringt, keine Kompromisse, ein großes Vorwärtstreben muss es sein, das unnachsichtlich alles zu Boden drängt und alles zu Boden reißt, was den Geist der Zeit nicht erkannt hat. Die Jugend, die so lange entbehrt und gelitten, ist nicht pietätlos und schaut ehrfurchtsvoll zu den alten Führern ihrer Bewegung empor, aber sie verlangt, daß ihre Ideale und Bestrebungen nicht nur in Worte, sondern auch in Taten umgesetzt werden. **Hinwegfegen wird sie diejenigen, die die Vorwärtsbewegung der Demokratie hemmen und aufhalten**, nicht aus Oppositionslust, sondern aus dem Bestreben heraus, dem Neuaufbau unseres armen, geknechteten Vaterlandes alle Hemmnisse aus dem Wege zu räumen. **Demokratische Jugend, aus der unbegrenzten Liebe für eure heiligen Ideale muss eure Liebe zum deutschen Vaterlande erwachsen**

Den jungen Demokraten. Conrad Haußmann

Von Conrad Haußmann, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung.

Wir brauchen euch, Deutschland braucht euch. Aber euer Tun ist ernster als das der jungen Demokraten, die ich in den letzten fünfzig Jahren aufwachsen sah. Ihr müßt euch mehren und mehr leisten. Ihr müßt Hüter und Bildner eines Staatsgeistes und eines Volksgeistes werden, der den deutschen Staat innerlich aufbaut und befestigt, und der ihm nach außen Haltung, Richtung und Anziehungskraft gibt. Das ist ein Werk, das eine heranwachsende Generation nur planvollvollendend und nur sich selbst vollendend vollenden kann. Jeder muß aus sich herausholen, was ein reiner klarer Wille herausholen kann. Jeder muß sich selbst erziehen. Jeder muß sich seiner Selbständigkeit ohne Selbstgefälligkeit, jeder muß sich der Abhängigkeit von der Gemeinschaft ohne Schwäche bewußt sein. An dieser Gemeinschaft durch Tüchtigkeit teilzuhaben, ihr durch eigene Mitwirkung etwas beizusteuern — dieses Gefühl muß eine Befriedigung, muß eine feste Grundlage des Charakters und des berechtigten inneren Stolzes werden. Diese Bemühung und die ihr entsprechende Entwicklung, erhöht das Gewicht der Persönlichkeit, vermittelt die Erkenntnis, daß die innere Befriedigung eine viel stärkere und reinere Kraftquelle ist als die äußere Anerkennung ist und sein soll. Der Verein Gleichgerichteter ist dem Erwachsenen, was dem Kinde die Schule ist. Der Verein ist sein geistiger Turnunterricht. Redet euch klar, werdet aber nicht redselig. Der Gedanke ist noch wichtiger als das Wort, so gewiss, wie der Leib wichtiger als der Rock ist.

Stellt euch einer Idee und einer für richtig erkannten Sache zur Verfügung, wo man euch braucht. Legt auf die Repräsentierung und aus die Vorstandsstellung nicht zu großes Gewicht, Kameradschaft ist wichtiger als Vereinsmeierei. Freut euch an dem, was dem Nebenmann gelingt. Wer gelten will, muß andere gelten lasten.

Die Zeit ist hart und wird hart bleiben, aber die Geschichte soll, ehe dieses Jahrhundert zu Ende geht, verzeichnen, dass die Alten den Glauben an ihr Volk und seine Zukunft nie verloren haben, und dass die Jungen sich und den Staat emporgearbeitet haben. Ihr werdet vieles entbehren, was das Gigerl von vorgestern für unentbehrlich hielt. Ärmer an Bequemlichkeiten und an kostspieligen Genußmitteln wird die deutsche Jugend sein, aber nicht ärmer an reinen Lebensgenüssen und reicher an Arbeit und höheren Lebenswerten. Es gibt kein Problem, das nichtaufgerollt ist und an dem ihr nicht geistig mitwirken könnt. Das Hirn der Generation, die wie keine andere zum Handeln und zum Aufbauen berufen ist, muss sich mit den größten Fragen auseinandersetzen, nicht spielerisch, sondern verantwortlich. Sie muss eine große Arbeitsteilung vornehmen und sie denken lernen müssen, wie keine andere vor ihr. Feder und jede kann sich dann einreihen, wo Neigung und Fähigkeit hinziehen. Man wird dabei nicht alles unter dem Gesichtspunkt der Staatsstellen betrachten dürfen. Die Jugend darf nicht Stellenschnapper werden. Selbst ist der Mann und selbst ist die Frau. Die Staatskrippe darf nicht die Sehnsucht der Mütter und der Jugend werden. Wirtschaftlich selbstverantwortlich im eigenen oder fremden Betrieb, wird man auch politisch klar und scharfsichtig. Es steht geschrieben: Ein Mann schärft den andern, wie ein Messer das andere schärft. Ihr werdet es im Verein erleben. Der Verein soll euch aber auch sozial und euer Herz empfänglich für die Anliegen aller Schichten machen. Wir stehen als Volk vor der allerschwersten Entscheidung, nach einem Abschnitt, der furchtbar war und nicht fruchtbar geworden ist, weil Deutschland zu wenig demokratische Jugend, zu wenig demokratische Anziehungskraft, zu wenig demokratische Geisteserziehung besessen hat. Können wir die großen Eigenschaften, die in den Deutschen stecken, bewahren und ihre Schwächen mildern oder vermeiden, dann werden wir im friedlichen Wettkampf unseren Platz in der Welt behaupten, trotz alledem und alledem. Aber nur, wenn die Jugend bewusst mitwirkt, wenn sie sich verbündet und wenn jeder bei sich selbst anfängt. Glaubt an den Segen der Selbstbildung und übt die stille Kunst, „sich ins Rechte zudenken“. Wichtig ist die Staatsverfassung, die Deutschland sich gibt, aber wichtiger noch die Verfassung, die jeder einzelne sich gibt. Der Wert eines Staates beruht auf dem Wert seiner Menschen und ihrer Jugend.

Von der Seele der Jungdemokraten. Adele Friedländer

(Betrachtungen zum ersten demokratischen Jugendtag.)

Von Adele Friedländer, stellvertr. Vors, des Demokratischen Jugendvereins Groß-Berlin.

Kann eine politische Bewegung eine Seele haben?

Ja, eine politische Jugendbewegung muss eine Seele haben, denn sie wurzelt tief im Gefühl. Das, was leise mitschwang bei allen Erörterungen, auch wenn sachliche Verschiedenheiten zum Ausdruck kamen, das war eine starke Gesinnungsgemeinschaft. Denn eine völlige Übereinstimmung aller Fragen der praktischen Politik ist in einer Organisation, die sich über das ganze Reich erstreckt, die in ihren Reihen junge Kaufleute und Beamte, Arbeiter und Angestellte, Lehrer und Studenten und auch Schüler vereinigt, nicht zu erwarten. Und bei der im Wesen der Jugend liegen der Abneigung gegen Kompromisse könnten Einzelfragen zu trennenden Elementen werden, wenn die Gesinnungsgemeinschaft als Grundlage fehlte. Doch sie ist da, ist stark und lebendig. Und der Kern dieser Gesinnungsgemeinschaft ist: Der Glaube an die Macht der Idee. Der Glaube an die Macht der Persönlichkeit. — Hierverschmelzen aufs Harmonischste die Ideale der jungen Demokratie und die des alten Liberalismus in seiner besten Auswirkung. Das lebendig werden der demokratischen Idee in einer reinen und starken Persönlichkeit, durchdrungen vom tiefsten sozialen Verantwortungsgefühl, das ist das Ideal der jungen Demokraten. In der Entwicklung zu dieser Persönlichkeit ist Gemeinschaftsgesinnung die ethische Norm. Opferbereitschaft, getragen nicht nur von dem schönen Impuls des Herzens, sondern auch geleitet von den für den Politiker unentbehrlichen Kenntnissen der Zusammenhänge des Wirtschaftslebens, der Weltwirtschaft und der Völkerverknüpfung. — Endlich — gerade für eine Jugendbewegung von höchster Bedeutung: Einordnung und Selbsterziehung. Die Erkenntnis, daß Jungsein und Entflammt sein allein nicht das Recht gibt, sich durchsetzen zu wollen. Ehrfurcht vor den Erfahrungen der Älteren, aus dem Bewußtsein heraus, daß ihnen das Einfügen in die neue Zeit, die Opfer, die sie dem Einzelnen auferlegt, schwerer fallen als der Jugend. Diesen von den Führern innerhalb der Jugendbewegung klar erkannten Weg, mit dem Ziel der Bildung politischen Charakters, sollen nun unsere jungen Freunde und Freundinnen gehen. Die Männer, die wir Väternennen und die uns Freunde sein sollen, können uns diesen Weg erleichtern. Wir bitten sie um ihre Hilfe. Wir geloben dafür, daß wir bestrebt sein werden, ein verantwortungsvolles, von Idealen geleitetes, von der Liebe zu unserm Volk beseeltes Geschlecht junger Demokraten zu werden, würdig am Neuaufbau unseres Vaterlandes tätigen Anteil zunehmen. Unser politisches Glaubensbekenntnis aber sei: „Jeder mache es zu einem Stück seiner Religion, zu helfen, daß sein Land gut regiert wird!“

Der Grundgedanke der Demokratie. Prof. Gerland

Von Professor **Gerland**, Jena.

In den Stürmen der Revolution hat die Deutsche demokratische Partei das Licht der Welt erblickt. Ist sie wirklich etwas Neues oder bedeutet sie nur eine Umformung des alten Liberalismus, wie unsere Gegner behaupten?

Die Frage ist zu verneinen und sie wird, dessen bin ich sicher, voraussichtlich von der Jugend mit aller Entschiedenheit verneint werden. Und sie muß auch verneint werden, wenn unsere Partei in der Zukunft eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen will. Denn neue Zeiten fordern neue Ziele und neue Ideale! Der alte Liberalismus war individualistisch. Begreiflich genug, denn er kämpfte gegen die Bürokratie, die doch letzten Endes in der absoluten Staatsgewalt das Heil für die Gesamtheit erblickte. Diese alte Bürokratie ist heute in sich zusammengebrochen. So gilt es, den individualen Gedanken umzugestalten. Denn der absolute Zwang der alten Zeit kann und darf nicht ersetzt werden durch die absolute Freiheit des Einzelnen, die nur zum Kriege aller gegen alle, zur schrankenlosen Willkür und damit schließlich zum Nihilismus führen würde.

Das, was uns heute nottut, ist die klare Besinnung auf das Ganze. Die Stellung des Einzelnen zur Gesamtheit kann nur unter dem Gesichtspunkt der Pflicht festgelegt und verstanden werden. Diese Pflicht gegenüber der Gesamtheit ist es, die die Rechte des Einzelnen nicht nur beschränkt, sondern auch inhaltlich bestimmt, daß nicht die Menschenrechte, sondern die Menschenpflichten das Erste sind, daß alle Rechte des Einzelnen nur zu

begreifen find als Korrelate zu den Pflichten gegen über der Gesamtheit; das ist der fundamentale Grundgedanke unserer Partei, das ist die Idee, in der sie kämpfen und siegen muß! Die die ganze Weltgeschichte durchziehende Antithese der Persönlichkeit und des übergeordneten Gesetzes kann nur ihre zusammenfassende Synthese finden indem Gedanken der sozialen Freiheit, der an sich unabhängig von einem bestimmten politischen und wirtschaftlichen Programm ist, der aber das ganze politische Denken unserer Partei richtunggebend bestimmen muß. Man klagt, daß unsere Zeit arm an Idealen sei. Wer aber diesen Gedanken in seiner ideellen Tragweite zu erfassen versucht, der wird ihn von einem solchen Reichtum der Entwicklung finden, daß kaum ein Menschenalter ausreichen wird, um ihn völlig zu erschöpfen, um ihn völlig in die Erscheinungen des Lebens umzugestalten. Soll aber dieser Gedanke wirklich unser politisches Leben in Zukunft bestimmen, so ist die erste Aufgabe unserer Partei, dahin zu wirken, daß wir alle umlernen. Denn das, worauf es heute ankommt, ist nicht so sehr die neue Organisation des Staates und des Wirtschaftslebens, als vielmehr der neue Geist, der in den Einzelnen und in der Gesamtheit einziehen muß. Anstelle des Subjektivismus, der früher unser ganzes Leben so in Kunst, wie in Politik beherrscht hat, muß die Sozialauffassung treten. Der Einzelne muß sich bescheiden lernen. Er muß begreifen lernen, daß unser aller Loben nicht zum Herrschen, sondern zum Dienen bestimmt ist. Zum Dienen gegenüber der Gesamtheit, der wir ja all das, was wir besitzen, Sprache, Empfindung, Glauben usw., verdanken. Erst wenn dieser Geist wirklich allgemein herrschend und bestimmend geworden ist, erst dann haben wir die wahre Freiheit errungen. Denn sie besteht nicht in der Willkür des Einzelnen, sondern in der Gleichberechtigung aller. Die Gleichberechtigung aller kann aber nur garantiert werden durch die Sozialbestimmung aller im Hinblick auf die Gesamtheit. Wenn die Jugend diesen Gedanken begreift und ihn mit Begeisterung aufnimmt und lebt, dann braucht man an Deutschlands Zukunft nicht zu verzweifeln. Denn unser Volk ist so reich an geistigen Kräften, daß, wenn diese erst einmal freiwerden, die Entwicklung nichts hemmen kann. Und mögen wir auch der brutalen Gewalt der Übermacht erlegen sein, die Macht des Geistes ist unbesiegbar. Dann aber wird auch der leidige Partei hasst, der Klassenkampf überwunden werden. Denn in dem Augenblick, in dem wir uns alle als Träger einer Idee erkennen, in dem wir uns als im Ziel des Dienstes gegenüber der Gesamtheit eins wissen, werden wir aufhören, den Gegner, besten Wege andere wie unsere sind, in seiner Gesinnung zu verdächtigen. Aus der Grundauffassung einer wahren Demokratie heraus ergibt sich als notwendiges Postulat, den Gegner zu achten, auch dann, wenn wir seine Mittel als irrig bekämpfen. Und da unser Ziel auf das Ganze gerichtet ist, erkennen wir das letzte Wesen der Politik. Sie besteht darin, die unzähligen Interessen der Einzelnen harmonisch miteinander auszugleichen. Sie lehnt es aber ab, Einzelinteressen auf Kosten anderer Interessen einseitig zu berücksichtigen, denn die Gleichberechtigung aller kennt keine Sondervorteil Einzelner und weist nichts davon, dass Politik Interessenvertretung sein könnte.

Unsere ostpreußische deutsch=demokratische Jugendbewegung. Peter Rust

von Peter Rust, Insterburg.

Als wir Ende Dezember 1918 den richtigen Wert der Jugend zur Belebung der Politik in unserer Partei erkannten und von dem Feuer, dem Idealismus, der heiligen Begeisterung der jungen Welt zu in **Parteileben** überzeugt waren, als wir, von dem nationalen Gedanken geleitet, den Wiederaufbau unseres zerschlagenen Vaterlandes beginnen wollten, da fanden wir die biedere ostpreußische Jung-Mannschaft, echte, rechte Jugend, — um sie für unsere schwere Arbeit zur tatkräftigen Mithilfe im Parteileben aufzurufen. In Scharen kam die Jugend und bildete einen wuchtigen Stoßtrupp für den Kampf der Geister um die Ziele der Parteien. Einen wunderbaren Geist trug er in die Massen der ostmärkischen Bauern hinein, die bisher, fern aller innigen Teilnahme an dem politischen Leben, in ihrer stillen, schüchternen Weltvergessenheit ihr Dasein liebten und nur dem schweren Boden Ostpreußens, der Kornkammer Deutschlands, vertraut und zugetan waren. Fern allen internationalen Experimentieren schlossen wir uns zusammen, nur um das Ideal der Demokratie in unserer Ostmark zu verwirklichen und dem großagrarisches Junkertum in hartem Waffengang der Wahlkämpfe die politische Macht aus der Hand zu nehmen. Fern aller Sonderbestrebungen oder Eigenbrödeleien schufen wir unsere Organisation, die das Feuer des ostpreußischen Wahlverbandes bildet. Der Idealismus, mit dem sich die Jugend an der Politik im Parteileben begeistert und zu einem frischen Lebensprinzip des Programms unserer Partei gestalten soll, lebt mit dem Gedanken der wissenschaftlichen

Durchbildung zur Parteipolitik im nationalen Gedanken durch das Aussöhnungsmoment der Weltvölker im internationalen Völkerbundproblem. Um diesen von der Demokratie geleiteten Grundsatz ganz allmählich in die Volksmassen zu tragen, um ihnen zu sagen, was Demokratie ist und was der nationale Gedanke für das Weltleben der Völker bedeutet, richteten wir mit unserer Jugendbewegung eine Art Staatsbürgerschule ein, mit der das Volk in wissenschaftlichen, politischen Vorlesungen für den **Grundsatz der Weltdemokratie** durch die Jugend, unter Ausschaltung jeglichen Chauvinismus und Partikularismus, den die deutsche Jugend bekämpfen muss, reif gemacht wird. Neben dem **wissenschaftlichen Kolleg**, wie ich es einmal nennen darf, und einem bereits in verschiedenen Gruppen des Wahlverbandes geschaffenen politischen Seminar, das die Ausbildung der Mitglieder zu Rednern übernommen hat, trägt das engknüpfende Band der Geselligkeit zum fester werden unserer Reihen bei. Die **geistige** Ertüchtigung unserer Jungmannen **findet nachanstrengendem** politischem **Kolleg durch** die körperliche Ertüchtigung bei Sport und Wanderungen eine erfrischende Ablösung. So greifen wir in die Reihen unserer Ostpreußen, ob alt, ob jung, für den Erfolg unserer Sache, die keiner anderen Bestrebung als der Partei selbst gilt, und schaffen dem Vaterland in der Ost markainen kernigen Schlagpolitisch reifer Staatsbürger, die in der Deutschdemokratischen Partei ihre Interessen in jeder Beziehung gewahrt sehen. Man streitet sich im Reiche vielfach über die für die Jugendgruppen zu setzende Altersgrenze. Wir, die wir die Führer der Jugend in Ostpreußen sind, sind enig darin gewesen, daß die Jugendgruppen nicht nur die wirklich Jugendlichen vom 16.—30. Lebensjahre in sich schließen sollen, sondern auch alle die, die mit der Revolution politische Jugend geworden sind. Unsere Vorstände bestehen aus Jugendlichen bis zum 30. Lebensjahre, unsere Alten aber, die stehen uns auf Grund ihrer Lebenserfahrung mit Rat und Tat zur Seite und wir beleben mit unserem glühenden Idealismus ihre Anregungen und Theorien zum Wohle unseres Vaterlandes. Mit geschaffenen Lesehallen und Bibliotheken geben wir unserer Mitglieder etwas. Belletristische Literatur kommt neben der politischen zu Wort und in großen, öffentlichen Volksbildungs- und Volksunterhaltungsabenden tragen wir den Geist, der uns bei den Jugendgruppen für unsere große Lache innerhalb der Deutschen demokratischen Partei beseelt, in die Volksmasse jeder politischen Richtung, die sich mit Freuden von unserem Wollen begeistern und von der Frische der Demokratie überzeugen läßt. Mit diesen Bestrebungen aber dienen wir der Partei und heben das ostmärkische Volk über die schwere der Zeit, die mit dem Bolschewismus vor unseren Grenzen lagert.

Ein deutscher Demokrat. Dr. jur. Hans Wollenberg

Von Dr. jur. Hans Wollenberg, Hamburg.

Heute, da wir täglich und stündlich das demokratische Gewissen unserer siegreichen Feinde anrufen, das allein unser Volk vor dem Schlimmsten bewahren kann, heute ist der rechte Augenblick, mit Stolz eines deutschen Demokraten zu gedenken, der einsam seine Stimme für Gerechtigkeit wider den besiegten Gegner zu einer Zeit erhob, da wir die Siegerwaren. Neben den Sozialisten Bebel und Liebknecht war es in den Jahren 1870 und 1871 einzig und allein der Demokrat Johann Jacobi, der gegen die Annexionspolitik Bismarcks aufzutreten wagte und seine Überzeugungstreue auf der Festung büßen musste. Dieser große, aufrechte Vorkämpfer für das demokratische Ideal soll bei uns Jungen nimmer vergessen sein. Und darum darf sein Name in dieser Schrift nicht ungenannt bleiben. Manch einer hat im neunzehnten Jahrhundert mit den Waffen des Parlamentariers, des Journalisten, des Volksredners für seine demokratische Anschauung gekämpft; gar mancher, den seine Überzeugungstreueden grausamsten Verfolgungen aussetzte, hat den Glorienschein des politischen Martyriums erworben und sich so ein längeres Andenken gerettet. Heute aber sind sie gewiß vergessen, denn auch dem Mimen der politischen Bühne flicht die Nachwelt keine Kränze. Nicht weil auch Johann Jacobi, der Königsberger Arzt, schon vor 1870 dreimal vor dem Tribunal gestanden, um dreimal wieder freigesprochen zu werden, soll sein Name weiterleben, sondern darum, weil er mehr war als seine Mitstreiter; seine Persönlichkeit wuchs weit aus dem Rahmen der Tagespolitik heraus: er war politisches Genie. Ehrfürchtiges Staunen ergreift einem, wenn man in seinen gesammelten Schriften und Reden liest, wie er mit prophetisch hellichtigem Blick, mit einer die innersten Triebkräfte historischen Geschehens begreifenden Erkenntnis, Deutschlands Entwicklung voraussagt bis in die von uns miterlebten und mit erlittenen Einzelheiten. Politischer **Gestalter** zu werden, wurde ihm vom Geschick versagt, das auf den Platz des Staatsmannes sein vollkommenstes Widerpart stellte: Bismarck. Heut, da Johann Jacobi nicht mehr ist, wäre

der Platz des nationalen Führers frei für den Apostel des demokratischen Gedankens; heut fehlt er uns, um den wir Jungen uns jubelnd und gläubig scharen könnten, der nie gewankt und nie geschwankt, allerprobster gewaltiger Kämpfe und vorausschauender Seher zugleich. Doch wenn sein Geist unter uns Jungen wieder erwacht und fortlebt, dann dürfen wir voll Hoffnung in die Zukunft schauen.

Zur neuen Reichsverfassung. Oberbürgermeister Koch

Von Oberbürgermeister Koch, Kassel, Mitglied der Nationalversammlung.

„Ein deutsches Volk, ein deutsches Reich“, ist die Sehnsucht, die uns unsere Ahnen, und das Erbe, das uns unsere Väter hinterlassen haben. Die Arbeit an der deutschen Verfassung steht im Dienste dieses Gedankens. Sie steht als Fundament am Anfang aller der unendlichen aufbauenden Mühe, die ein Menschenalter hindurch zur Wiederaufrichtung von Reich und Volk aufgewandt werden muss. Im Mittelpunkt der Verfassungsarbeit von 1848 stand das Volk, der von 1867 das Reich. Das Werk von 1848, voll von Idealismus und Überzeugungstreue, ermangelte des Baugrundes. Es war in den Wolken errichtet. Das Werk von 1867, erfüllt von Wirklichkeitssinn und staatsershaltenden Tendenzen, war erdschwer. Es wurde errichtet auf dem Baugrund des Deutschen Bundes, sein Bauherr hat die vorhandenen Bausteine, soweit sie noch irgend tauglich erschienen, gern benutzt und neue nicht aus Liebe für die neue Zeit, sondern nicht ohne Widerstreben nur da eingefügt, wo sie unvermeidlich waren, um ein tragfähiges Fundament zu schaffen. Und so wurden Gottesgnadentum und Parlamentarismus, Vielfürstentum und Reichseinheit, Feudalismus und Demokratie, Bürokratie und Selbstverwaltung zu einem Fundament vereinigt. Und damit der Bau zusammenhielt, wurden „Klammern“ geschaffen, als vornehmste die Vormachtstellung Preußens. Von Klammern spricht man auch jetzt viel. Aber ein gesunder Bau braucht keine Klammern. Und trotz aller Klammern begannen die Bausteine sich aneinander zu reiben und auseinander zu streben, sobald die stärkste Klammer fehlte, die gewaltige Faust Bismarcks. Die ganze Zeit nach Bismarck ist ausgefüllt von dem mühseligen Versuch, dieser Reibungen Herr zu werden. Zu einem kraftvollen Aufbau auf das Fundament konnte man nicht kommen, so lange man sich nicht entschloß, alte schadhafte Steine zu entfernen und durch neue zu ersetzen. Von dem gewaltigen Gründer des Reiches hatte man das nicht mehr erwarten können. Er hatte sein Werk liebgewonnen, wie es war, so sehr er es anfangs selbst als Kompromissarbeit bezeichnet hatte. Aber daß die Periode Wilhelms II. nicht an diese Aufgabe herangegangen ist, ist der schwere Fehler dieses Fürsten, dessen Wollen so gut, dessen Erkenntnis aber so gering war, ist namentlich auch der schwere Fehler der ihn umgebenden Kreise, die jede Rücksicht auf die Forderungen der Zeit als verächtliche Schwäche bezeichneten. Das ist der letzte Grund, weswegen wir diesen Krieg geführt haben, ohne recht zu wissen, wo denn eigentlich die Verantwortung für alles Geschehene vor und in dem Kriege liegt, und weswegen wir im Kriege so bald wieder die einheitliche Geschlossenheit des Volkes und die völlige Unterwerfung unter einen Führer verloren, die die Demokratie des Westens ausgezeichnet hat. Wir mästen jetzt im Unglück nachholen, was wir im Glück versäumt haben. Wir müssen das Reich neu aufbauen und in ihm die Souveränität des Volkes aufrichten. Wir haben dabei von 1848 und 1867 zulernen; im Ganzen von 1848 mehr in den Zielen, von 1867 in den Methoden. Wir haben es aber in einer Beziehung leichter als beide. Das Werk von 1848 hat gelitten unter seiner Rücksichtslosigkeit gegen das Bestehende, das Werk 1867 unter seiner Rücksicht gegen das Bestehende. Was damals an Bestehendem der Reichseinheit und der Volkssouveränität entgegenstand, ist durch die Revolution zum größten Teil beseitigt, wenn auch die alsbaldige Wiederaufrichtung der

Ministersessel in allen Bundesstaaten und die Einberufung von bundesstaatlichen „Nationalversammlungen“ bis herunter nach Neustart die Freiheit der jetzigen Entschlüssen in einer wichtigen Beziehung behindert. Wir haben es auch insofern leichter als das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit seit (und dank der Bismarckschen Reichsgründung) gewachsen ist. Aber wir haben es schwerer, weil wir die Reichseinheit aufzurichten haben für ein Reich, dessen Grenzen noch von dem Willen übermütiger Gegner abhängen und das heute noch nicht einmal die Bruderhand, die ihm Deutsch-Österreich entgegenstreckt, zu einem endgültigen Bunde ergreifen darf. Wir haben es schwer, aber namentlich deswegen, weil in diesem Augenblick, wo endlich das Volk den Grundsatz der Demokratie in seine Verfassung hineinzuschreiben stark genug ist, weite Kreise des Volkes seelisch krank geworden sind durch die Leiden und Enttäuschungen des

Krieges und in Ungeduld und Verbitterung dieses Ideal zu zertrümmern streben. Als ob die Demokratie in drei Monaten leisten konnte, was die Arbeit eines Menschenlebens sein wird. Es ist knabenhaft, aus diesem Grunde einem neuen Schmetterling nachzujagen, wie es das Rätssystem in allen seinen Abstufungen bis zur Diktatur des Proletariats ist. Inzwischen ist die Arbeit der Verfassungskommission fast bis zum Ende gediehen. So mancher Richter, der eine Frist von einer Woche für die Herstellung eines Urteils zu Zeiten als unbillig kurz empfindet, so mancher Arbeiter, der die achtstündige Arbeitszeit auch im Falle dringender Not nicht überschreitet, übt Kritik an dem langsamen Fortgang der Arbeit. Mit Unrecht! Ohne die kraftvolle, frische und taktvolle Leitung unseres Conrad Haustmann wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, die 28 Mitglieder der Verfassungskommission zu so überlangen täglichen Sitzungen zusammenzuhalten und sie zu so ersprießlicher, durch keine Zänkereien zwischen Personen und Parteien getrübler Arbeit zu vereinen. Auch sonst ist der Anteil unserer Fraktion an dem neuen Werk groß. Die ausschlaggebende Stellung unserer Fraktion hat es verursacht, daß wir im Ausschuß fast durchweg die Vermittlung zwischen rechts und links ausgeübt haben, und daß unsere Anträge fast durchweg angenommen sind. Wir tragen einen großen Teil der Verantwortung an dem Werk, aber wir tragen ihn gern. Denn es wird kein schlechtes Werk sein.

Die Reichseinheit ist in der neuen Verfassung sicher gegründet. Leider gelangen wir nicht zum vollen Einheitsstaat. Für die Aufrechterhaltung der Bundesstaaten haben die Revolutionäre bereits in den ersten Wochennach der Revolution ein „fait accompli“ geschaffen, und auch den kleinsten Ministersessel räumt man nicht so leicht wieder. Aber auch unsere süddeutschen Landsleute find durch die bürokratische Tätigkeit der Reichsbehörden, namentlich im Kriege so verärgert, daß sie an der Aufrechterhaltung der Bundesstaaten fast einmütig festhalten, weil sie darin — nicht ganz mit Unrecht — eine bessere Sicherheit gegen übertriebene Zentralisation sehen, als z. B. in der Stärkung der Selbstverwaltung. Und wenn die süddeutschen Bundesstaaten bleiben, darf von der Zertrümmerung Preußens keine Rede sein.

Es kann seine geschichtliche Sendung erfüllen, wenn es in Deutschland aufgeht, es darf sich aber nicht in Mittelstaaten zerstückeln lassen, die sich viel partikularistischer gebärden würden als das heutige Preußen. Aber Reichseinheit ist auch im Bundesstaat denkbar, wenn man nur dem Reiche gibt, was des Reiches ist. Und das hat die Verfassungskommission gründlich getan. Der Reichsadler wird in Zukunft nicht mehr unbewehrt und auf das Schwert in seinem preußischen Brustschild angewiesen sein. Die Wehrmacht wird Reichssache. Auch Bayern wird, wenn leider auch widerwillig, sich darin finden müssen. Reichssache wird ferner das gesamte Verkehrswesen (Eisenbahn, Post, Wasserstraßen). Ist die Vereinigung mit Deutsch-Österreich vollzogen, so wird Deutschland auf diesem Gebiete zuerst wieder friedliche Eroberungen machen können. Man denke nur an die Umklammerung Tschechiens durch die Reichsbahnen. Auch die neuen Staaten im Osten und Südosten werden auf innige Beziehungen zu den deutschen Bahnen und Wasserstraßen angewiesen sein. Und weiterhin sind dem Reiche auf dem Gebiete des Schulwesens neue Möglichkeiten eröffnet. Das ist von größter Wichtigkeit für ein kraftvolles Voranschreiten unseres Volkes. Es ist aber auch wichtig für Deutschlands Ansehen im Ausland, wo es künftig nicht nur mit Panzerschiffen und Handelsunternehmungen, sondern auch mit reichsdeutschen Bildungsanstalten hervortreten haben wird. Daß auch das Kirchenwesen und das Beamtenwesen durch reichsgesetzliche Grundsätze vor unberechtigtem Radikalismus einzelner Bundesstaaten gesichert werden soll, gehört zu dem Vielen, worauf ich nicht näher eingehen kann.

Ebenso sicher steht es mit der Aufrichtung der Gewalt des Volkes. Der wichtigste Grundpfeiler bleibt der Reichstag. Aber ein Großstaat kann nicht von einer einzigen Versammlung geleitet werden, wie die Landgemeinde vom Gemeinderat, und die Demokratie erschöpft sich nicht im Parlamentarismus. Deshalb ist neben das Parlament der vom Volke gewählte Präsident (eine Übersetzung des Wortes ist leider in erster Lesung abgelehnt worden. Wer macht uns gute Vorschläge für die zweite?) zu stellen, der zwar dem täglichen Streit der Meinungen entrückt sein soll, aber berufen ist, warnend und ordnend in die Schranken zutreten, wo das Reichswohl gefährdet ist. Ihn zu stärken, ist nicht undemokratisch. Denn er ist ebenso gut der Vertrauensmann des Volkes, wie der Reichstag, und zu seiner Kontrolle berufen. Der Reichsrat als Vertretung der Anschauungen der einzelnen Länder hat gegenübereiner zu bürokratischen und zentralistischen Auffassung der Reichsregierung eine gesunde Aufgabe zu erfüllen; die Giftzähne des alten Bundesrats mit seinem endgültigen Veto gegen die Reichstagsbeschlüsse sind ihm ausgebrochen. Und schließlich hat der

Verfassungsausschuss die Regierungsvorlage dadurch wesentlich verbessert, daß er die Volksabstimmung in weitem Umfange zugelassen hat. Es wird immer von Nutzen sein, wenn in den Lebensfragen des Volkes auf den Urquell aller Gewalt, das Volk selbst, zurückgegriffen wird, und eine Agitation, die sich um eine einzelne sachliche Frage dreht, wird viel gründlicher und lehrreicher für das Volk sein, als die Wahlkämpfe mit ihren persönlichen Erörterungen und dem Versuch, den Wählern ein ganzes großes Parteiprogramm in einer Wahlrede klarzumachen. Wenn jetzt eine Ergänzung der verfassungsmäßigen Einrichtungen durch Arbeiterräte oder Wirtschaftsräte gefordert wird, so ist Vorsicht geboten. Noch immer hat jede herrschende Partei ihre politische Macht dadurch zu stärken versucht, daß sie die ihr nahestehenden Wirtschaftsgruppen daran beteiligte, und die Sache wird dadurch nicht besser, daß es jetzt die Arbeiter sind, denen man die Vorrechte einräumen soll, deren sich früher in den freien Städten der Kaufmann und in den Feudalstaaten der Grundbesitz erfreute. Es ist nicht demokratisch, die Klasse an die Stelle des Volkes zu setzen und nicht fortschrittlich auf alles Neue einzugehen, nur weil es neu ist. Im ganzen dürfen wir getrost sagen: Niemals hätte sich unser Volk früher träumen lassen, daß ihm eine solche Verfassung beschieden sein würde. Heute umdüstern zu schwere Wolken unseren Horizont, als daß wir den Tag der Vollendung der Verfassung als einen Freudentag feiern könnten. Dennoch aber dürfen wir mit Genugtuung sagen, daß auch hier wieder die harte Not eine große Lehrmeisterin zu einer gewaltigen Reform gewesen ist.

Die Pflicht der demokratischen Jugend. Dr. Carl Petersen

Von Senator Dr. Carl Petersen, Hamburg, Mitglied der Nationalversammlung.

Der verlorene Krieg in Verbindung mit der Revolution hat Deutschland von der Höhe der Macht in tiefste Ohnmacht gestürzt. Aus einem reichen Volk sind wir ein armes Volk geworden. Aus einer Wirtschaft, die mit ihren Gewinnen zu kulturellen und sozialen Zwecken schier unerschöpfliche Mittel darbot, wird günstigstenfalls eine Wirtschaft nachbleiben, die für Jahrzehnte hinaus in erster Linie staatliche Schuldenzahlen muß: Unter diesen Schulden einen sehr erheblichen Teil an das Ausland. So ist das Deutschland, das nach Fortreißung aller Stützen, welche ihm der preußische Obrigkeitsstaat gegeben hatte, nun das Volk selbst zu Trägern des Staatsgedankens gemacht hat. Das hat sich nicht in allmählicher organischer Entwicklung zur Demokratie vollzogen, sondern ist in jedem Wechsel eingetreten, begleitet von der furchtbarsten psychischen Depression, die jemals in der Geschichte ein Volk erlebt hat, erschwert durch alle Erscheinungen, die solche Erkrankung eines Volkskörpers mit sich bringt. Für uns, die wir auf der Höhe des Lebens sieben, ist die Verwirklichung des politischen Ideals zu einem Erlebnis geworden, das in seiner Härte und Traurigkeit dem Wanderer den Test des Lebens als steinige Öde erscheinen läßt gegenüber der reichen schönen Landschaft, die er durchwandert hat. Wir Älteren wissen, dass wir harten schweren Dienst an unserem Volk leisten müssen, fast ohne Hoffnung, noch einmal wieder ein Deutschland zu sehen, wie es unsere jungen Augen sahen. Die Jugend wird es sein, welche, so hoffen wir, ein demokratisches Deutschland mit sozial gerechterer Güterverteilung in neuer Blüte erleben kann. Soll sich trotz der Schwierigkeit die demokratische Staatsform und eine sozial geführte Wirtschaft erhalten, so kann es nur geschehen, wenn die Jugend sich den neuen Ausgaben gewachsen zeigt, wenn ihre Herzen von warmer Liebe zu den Menschen durchglüht, wenn ihr Denken und Fühlen zu gerechter Beurteilung menschlicher Handlungenerzogen wird. Mit diesen treibenden Kräften gibt es Selbstorganisation des Volkes, staatserhaltende, das Volk fördernde Demokratie. Daher begrüße ich es, wenn die Jugend in unserer Partei reges politisches Interesse zeigt. Sie soll und will die Führer des Volkes stellen, wenn die Zeit des Aufbaues kommen. Sie muss mit ihrer Spannkraft uns hinweghelfen über das Gefühl der Mattigkeit, das für die Tatkraft schwer Enttäuschter Gefahren in sich birgt. So mag sie sich frisch und stark in unserer Partei betätigen. Sie möge dabei aber nie vergessen, welche Achtung sie dem Urteil der Älteren schuldig ist, das ein reiches tätiges Leben hat reifen lasten.

Die Hauptarbeit der Jugend! Hermann Hammerschlag

Von Hermann Hammerschlag,

Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen demokratischen Partei, Hamburg

Worin sie bestehen soll? — Denn dass sie von ihr geleistet werden soll ist klar und braucht keine Erläuterung mehr, aber sie soll nicht nur bei uns, sondern in allen Parteien gleich geleistet werden.

Worin soll die Hauptarbeit der Jugendorganisationen aller Parteien bestehen?

Früher – noch vor Wochen - sagte die Jugend es selbst, und ich war mit ihr darin einig - Sie wolle lernen, sie wolle jugendliche Politiktreiben, sie wolle kämpfen mit der Jugend der anderen Parteien gegen Hass und Hader und versuchen, sich verstehen zu lernen. Das soll es auch jetzt noch sein und müßte es nur sein, wenn nicht Weimar wäre! Die Erfahrungen von Weimar lehren mich etwas anderes. In Weimar hat sich gezeigt, daß die alten Politiker aller Parteien in etwas veränderter nach links gerückter Anschauung, aber mit derselben Taktik, wie sie am Königsplatz erfolgreich für des Reiches Niedergang mit tätig waren, im Nationaltheater ihr Reichstagsmitgliedsdasein fortsetzen; es wird weiter kompromisselt wie ehemals, so versucht man durch die alte kleinliche Handelsart große Probleme zu lösen. Das ist falsch! Da hilft nur Radikalkur: amtliche Jugendorganisationen aller Parteien bereiten sich auf die kommenden Wahlen vor. Sie sehen sich nach den Köpfen und die sie dafür geeignet halten, sie in das Parlament hineindelegieren zu können. Diese Auserwählten haben sich bereitzuhalten: Mit eiserner Kraft haben sie an sich zu arbeiten, um zur Zeit fertig zu sein. — Kommt um die Auflösung der Nationalversammlungen und die Ausschreibung der Neuwahlen zu den Volksvertretungen; dann treten die Jugendorganisationen mit ihren Listen an die Parteiorganisationen heran und fordern ihre Plätze auf der Liste der Partei, aber so, daß ein Teil der Kandidaten an erfolgversprechender Stelle steht. Ist die Parteiorganisation mit dieser Lösung nicht einverstanden, dann tritt die Jugend selbst in den Kampf ein, das **muß** helfen, denn ohne Jugend kein Wahlkampf der Alten. Dies Machtmittel der Jugend — man kann es als angewandte Revolte bezeichnen — **muß** jetzt zur Anwendung kommen, es ist besser, wie alle schönen Reden; einmal drinnen in der Arbeit, wird die Jugend schonzeigen, daß sie weiß, um was es sich handelt. Darum ran an die Arbeit. Vorbereitung der kommenden Wahlen muß es heißen in den Jugendorganisationen aller Parteien! Diejenigen alten Parteiführer und Abgeordneten, die durch dies Verfahren ihrer Sitze verlustig gehen, werden sich mit dein Gedanken vertraut machen müssen; übrigens ist es für sie selbst viel ruhmreicher, jetzt abzutreten, um der Jugend ihrer Partei Platz zu machen, als solange zu warten, bis eine schneller zugreifende Partei in besserer Erkenntnis diese fälligen Plätze für sich und ihren Nachwuchs erobert

Die Jugend und die Kolonien. Karl Puttfarben

Von **Karl Puttfarben**.

Der Ruf des deutschen Volkes: „Gebt uns unsere Kolonien wieder" muß gerade in diesen Tagen, wo in Paris die Würfel um das deutsche Schicksal fallen, mit flammender Macht in deutschen Landen erschallen, und auch wir Jungen Deutschlands, wir Jungen der Demokratie müssen als Verkünder dieser Lebensfragen Deutschlands diese Aufrufe und Proteste auf das aller energischste unterstützen. Ganz Deutschland ist einer Meinung, eines Wunsches und einer Forderung, wir müssen unsere Kolonien wieder haben, denn: Ohne sie ist der Friede kein Rechtsfriede, nein einzig und allein ein Gewaltfriede, ohne sie ist der Weltfriede, den wir sehnlichst erwünschen, gefährdet, ohne sie wird Deutschlands Jugend zähneknirschend den Keim der Rache in sich tragen und einmal doch noch die Wände der Vergewaltigung sprengen, ohne sie wird deutsche Tüchtigkeit allein der Kulturdünger anderer Völker als Rüstzeug gegen das Mutterland werden, ohne sie fehlt uns das Absatzgebiet für unseren Handel und Gewerbe, ohne sie bleiben uns nochmals auf Jahrzehnte hinaus die Rohstoffe versagt, die wir nun schon 5 Jahre entbehren, durch die unsere Fabriken stillstehen, wir darben und schmachten. Wer das alles vor Jahren noch nicht erkannt hat, wird es jetzt am eigenen Leben spüren, ohne sie bleiben wir Diener unserer Feinde, in deren Hände alle Absatzgebiete und Rohstoffquellen der weiten Welt liegen und deren Geldsäcke wir füllen, ohne sie sind unsere Feinde jederzeit in der Lage, erneut über uns den Wirtschaftskrieg zu verhängen. Jugend der Demokratie, auch wir haben ein Recht auf Kolonien und müssen uns der Kolonialpolitik annehmen. Die Erde ist für alle Menschen da und groß genug, um die gerechten kolonialen Ansprüche aller Völker zu befriedigen. Wir Jungen wollen nicht auf engem Gebiet zusammengedrängt bleiben, nein: Mein Feld ist die Welt. Drängt es euch nicht hinaus ins Ausland zu dortiger Arbeit unter enger Fühlungnahme mit unseren Brüdern in der Heimat. Unser Vaterland besitzt genug

Anhänger und Verteidiger der Innenpolitik, nun kommt es darauf an, für das Ausland Junge zu finden, die sich der Kolonialpolitik widmen. Jugend hinaus in die weite Welt, getrieben von jugendlich idealen.

Tatendrange, voll nationalem Bewußtsein, da können wir durch die Talbeweisen, dass wir deutsch-national handeln und uns doch nicht deutsch-national nennen, sondern die deutsche Demokratie sei das Banner um das wir uns scharen. Nur ein offenes Bekenntnis zur Demokratie kann uns den moralischen Rückhalt geben, den wir zur Durchführung unserer Forderungen benötigen. Eine heilige Pflicht sei es der Jugend, dem Auslande zu zeigen, daß wir nicht die Besiegten sind, sondern trotz der Trümmerhaufen, die uns die Revolution hinterlassen hat, die feste Zuversicht zu neuem Emporsteigen des deutschen Vaterlandes haben.

Jugend! auch wir müssen fordern und dürfen nicht schüchtern sein. In der Welt hinausschreien ist unsere erste Pflicht für deutsche Kolonial-Politik und Weltwirtschaft: „Gebt uns unsere Kolonien wieder“.

Diese Tage bringen die Entscheidung, sei sie günstig oder erdrückend, eins wissen wir, unsere Regierung vertritt mit aller Schärfe den Standpunkt, daß Kolonialbesitz sowie die Freiheit der Meere eine Lebensfrage für uns ist. Wir würden ein Rumpf werden ohne Arme, der sich das Essen nicht ohne Hilfe anderer in den Mund führen lassen kann, wenn wir ohne Kolonialwirtschaft bleiben. Die Kolonialwirtschaft zieht ihre Fäden in das Retz der Weltwirtschaft und ist zu einem wichtigen Teil der letzteren geworden, und heute ein schon so wichtiger Teil der allgemeinen Weltwirtschaft, daß kein Weltvolk mehr auf sie verzichten kann eher konnte der umgekehrte Fall eintreten, es ist also denkbar, daß wir die Weltwirtschaft durch die Kolonialwirtschaft ersetzen können. Ohne aktive Kolonialpolitik ist eine gesicherte und ruhige Neuentwicklung Deutschlands nicht möglich. Aktive Kolonialpolitik bedeutet aber nicht Ausbeutung unserer Kolonien nach Maßgabe der mütterländischen Bedürfnisse, nein, zugleich ist sie Mitarbeit an einer der großen, der Kulturmenschheit gegenüber den Stämmen jener Gebiete liegenden Aufgabe - der Aufgabe, sie intellektuell und moralisch zu erziehen, sie zu einer höheren Stufe der Gesittung emporsteigen zu lasten. „Kolonisieren heißt auch missionieren.“ Gerade die Behandlung der Eingeborenen schützen die Feinde vor, uns als kolonialunwürdig darzustellen, sie war in der Tat gewiß nicht schlechter als in den Kolonien unserer Gegner. Nicht genug konnten vor dem Kriege englische Männer Lobworte aussprechen über unsere Kolonisationsarbeiten. Jetzt? jetzt sollen wir hinter Italien und Portugal zurückstehen, womöglich auch noch hinter den Tschechen, die Togo für sich beanspruchen wollen? Und mit einem Verzicht auf Kolonialbesitz verachten wir aufs Schmäählichste die Treue die uns die Eingeborenen bewiesen haben, sonst hätte Lettow-Vorbeck nicht über vier Jahre einer englischen Übermacht standgehalten.

In die weitesten Schichten des deutschen Volkes ist der koloniale Gedanke hineingedrungen. Allerorts beweisen es die vielen Kundgebungen und Proteste. Vorangestellt sei die Unterschriftensammlung für deutschen Kolonialbesitz (Reichsverband der Kolonialdeutschen), an der die Jugend Deutschlands mit fiebernder Begeisterung beteiligt war — noch nichtgenug — der Widerhall ist nur wie ein Nadelkopf so groß, flammende Aufrufe müssen die Jugend aus ihrem Schläfe aufrütteln, ihre Interessenaus das leiten, was die deutsche Demokratie von der Jugend fordert. Die Parole der Neuzeit heißt: „politische Bildung“, auch kolonialpolitische. Von der Jugend muss es heißen, sie war die Renaissance der Kolonialpolitik. Darum ergeht an alle Jungen der deutschen Demokratie der Weckruf: Jugend wache aus, erhebe deine Stimme gegen die drohende Vergewaltigung, über deine Zukunft wird entschieden.

„Navigare necesse est.“

Ein Absatz unseres Jugendprogramms muss heißen: Die Deutsch-demokratische Jugendbewegung verlangt Kolonialbesitz und die Freiheit der Meere und will seinen Mitgliedern auf dem Gebiete der Kolonial- und Auslandspolitik, sowie Kolonial- und Weltwirtschaft gründliche Kenntnisse beibringen. Als Hauptaufgabe der auswärtigen Politik betrachten wir die Förderung und den Schutz deutscher Wirtschaft in Übersee und in den Kolonien. Wahrung der Interessen der Auslandsdeutschen und Erhaltung ihres deutschen Wesens ist nationale Pflicht.

Prolog. Erwin Grau

Verfasst und gesprochen von. Erwin Grau, Vorstandsmitglied des Demokratischen Jugend-Vereins zur Einleitung des Demokratischen Jugendtages im „Savoy-Hotel“ am 25. April 1919.

In folgenschweren und ernsten Stunden, da man entscheidet das Schicksal der Welt, haben wir heut', uns zusammengefunden. Zu gemeinsamem Handeln uns eingestellt. Kein einz'ger von uns vermag hier zu sagen. Welchem Geschick wir entgegen geh'n. Zwecklos und unnütz sind all' die Fragen nach künftigen Dingen, nach fernem Geschehen. Uns alle eint ein gemeinsames Band. Ein Weltanschauungsprinzip, eine Weltanschauung, die Hand in Hand zu gleicher politischer Arbeit uns trieb. Wir hoffen, dass durch die Demokratie Unser zerrüttetes Vaterland auf's neu sich erhebe und wieder erblüht. Und was überzeugt wir als richtig erkannt. Das wollen wir pflegen als heilige Pflicht. Wir wollen es aussäen, wo es auch sei. Mögen wir ernten oder auch nicht. Die **Arbeit selbst** fei Lohn uns dabei. In dieser trüben und schweren Zeit. Uns allen ein Hoffnungsstrahl erscheint: In pflichtgetreuer Gemeinsamkeit ist Deutschlands Jugend zum Aufbau geeint.

Geeint, so wie in den leisten Jahren. Ob jung, ob alt, ob arm, ob reich. Wir zur Verteidigung der Heimat es waren: Im Schützengraben, da waren wir gleich. Gleich vor der Kugel und gleich vor dem Feind. Einer für alle und alle geeint. — **Das ganze Volk** — das war das Heer. **Für's ganze Volk** — als starke Wehr. **Alle für alle**, so wie noch nie. Das war das **Erleben von Demokratie**. Und was wir im Kriege tiefinnerst erlebt. Nun heut' nach politischem Ausdruck strebt: Des Volkes Wille fei höchstes Gebot, Politische Freiheit das Morgenrot. In unserm demokratischen Staat. Dem Gesamtwohl des Volkes nur gelt unsere Tat! Die Achtung des Menschen, des menschlichen Lebens. Sind Ziele unseres politischen Strebens. Frei sei das Wissen und **frei** sei der Geist. Und frei sei der Weg, der vorwärts uns weist! Wir wollen durch ehrliche, friedfertige Taten Erbauen den Bund aller Demokraten. Wir schlingen das uns gemeinsame Band. Von Mensch zu Mensch, von Land zu Land. Errichten den Weltbund der Menschlichkeit! Statt Eigenliebe: — Gemeinsamkeit, Licht, Lust und Freiheit den Völkern auf Erden. Dann muss auch Deutschland Gerechtigkeit werden. Dann ist zum Aufstieg der Weg wieder frei. Zu neuer Blüte. Wir helfen dabei, helfen mit jugendlich stürmender Kraft. Bis der Neubau des Reiches glücklich vollbracht.

Wir rufen die Jugend als Pionier.

Mit uns zu schaffen, zu wirken wie wir.

Einer für alle — was kommen mag:

Das sei der Wille vom Jugendtag!

Die demokratische Jugend an die Front! Prof. Dr. E. Obst

Von Prof. Dr. E. **Obst**, Breslau.

An die Jugend schallt der Ruf, herauszutreten aus der Enge und Schüchternheit der alten Zeit, sich politisch zu schulen, mitzuraten und mitzutaten beim Wiederaufbau des Vaterlandes. Die Jugend ist die Zukunft! Was in der Gegenwart erdacht, besprochen und ausgeführt wird, die Jugend bat es später zu tragen, im Guten wie im Bösen. Deshalb kann ihr die politische Gegenwart nicht gleichgültig sein; im ureigensten Interesse der Jugend liegt es, möglichst früh politisch reif zu werden, möglichst früh teilzunehmen an der Formung unserer Geschicke. Die demokratische Jugend wird bei diesem Drang in der vordersten Linie mitkämpfen, niemals die Ehrfurcht vor dem Alter verlieren. Heißen Dank im Herzen, schaut die Jugend in Verehrung empor zu jenen Männern, die in jahrzehntelangem, düren und so bitterschweren Oppositionskampf das Banner des Liberalismus hochgehalten haben. Und jene Veteranen blicken leuchtenden Auges auf die vorwärts stürmende, vielversprechende Jugendschar. Gern überlassen sie jetzt die Führung den Jungen; denn neue Zeiten brauchen neue Menschen. Sie werden deshalb ja nicht schlechthin untätig zu sein brauchen, denn immerfort kommen die jungen Kämpfer von der Front, sich beim Alter Rat zu holen, ihre Erfahrungen zu nutzen. Die Jugend zieht mit Begeisterung in den politischen Kampf. Kühles und geschäftsmäßiges Erfassen der großen politischen Ideen genügt der Jugend keineswegs. Nicht der Verstand allein, auch das Gemüt fordert

sein Recht. Begeisterung durchglüht die Seele der Jugend, in edler Leidenschaft hämmert das Herz bei dem Gedanken an den Kampf. Mag sein, dass diese auflodernde Flamme dann und wann einmal zu hoch sein, mag fein, daß die aufbrausende Leidenschaft einmal über das Ziel hinausschießt! Mag es ruhig fein: die Jugend muß und will ihr ganzes Empfinden in den Dienst der Sache stellen, und man mag ihr dafür danken. Nun gilt es, für unsere Kampfgenossenschaft Regeln und Richtlinien zu zeichnen, und selbstverständlich kann die Jugend da nicht achtlos und tatenlos beiseite stehen. **Ihr**, der Jugend Schicksal wird doch in erster Linie in Kassel entschieden, ihrer politischen Arbeit, ihrem Kampf der Weg gewiesen. Ganz selbstverständlich also, daß auch ihre Wünsche in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Was die Jugend im Einzelnen fordert, braucht hier nicht erörtert zu werden; zum Teil zeigen es die angefügten, bewusst nur skizzenhaft gehaltenen Richtlinien. Durch das ganze zieht sich wie ein roter Faden der eine leitende Gedanke: Wir wollen keine bloße Überpinselung des alten Firmenschildes, wir wollen etwas wahrhaft Neues; wir wollen nicht von Fortschritt sprechen, sondern Fortschritt durch die Tat bänden; wir wollen nicht viel verhandeln, sondern handeln; wir wollen nicht Paragraphen schmieden, sondern unsere politische Gesinnung jederzeit und jeder auch im kleinsten Kreise in die Tat umsetzen; wir wollen nicht ein Konglomerat heterogener Elemente, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft sein. Ohne Bedenken wollen wir den Ballast über Bord werfen, den der Liberalismus aus der Zeit mitschleppt, in der er lediglich in der Opposition kämpfen konnte. Neues politisches Leben, neue Ideen und Ideale, von ganzer innerer Überzeugung gestützt und getragen, sollen ihren Einzug halten. In diesem Sinne wollen wir in Kassel an die Arbeit gehen, auch dort kämpfen Hund in Hand mit dem erfahrenen Alter für wahrhafte Freiheit, wahrhaften Fortschritt.

Richtlinien eines Programms der Deutschen demokratischen Partei

Anmerkung der Schriftleitung: Die vorstehend veröffentlichten Richtlinien und das folgende Aktionsprogramm bilden lediglich die Grundlage, eines dem Jugendtage von der Breslauer Jugendvereinigung vorgeschlagenen Ergänzungsantrages zum Parteiprogramm. Die Aussprache über die Richtlinien, die bereits auf dem Berliner Vertretertage begonnen hat wird auf dem Jugendtage in Kassel fortgesetzt. Sollte die Kasseler Tagung demgemäß beschließen, werden die Richtlinien oder ein Teil derselben dem Parteitag als Änderungs- oder Ergänzungsantrag zum Parteiprogramm vorgelegt werden.

Der Berliner Jugend=Tagung unterbreitet von der Breslauer Jugendvereinigung

§ 1. Wir fordern „Demokratie“.

Überwindung des politischen Gegensatzes von Herrschenden und Beherrschten durch wachsende Solidarität. Wir bekämpfen die Anschauung, daß bei politischen Meinungsverschiedenheiten den Forderungen der Demokratie schon durch die bloße Feststellung des Mehrheitswillens genügt sei. Abstimmungsergebnisse sollen regelmäßig den Ausgangspunkt für eine Verständigung mit den in der Minderheit gebliebenen Volksteilen bilden. Nur wo die Minderheit selbst den Vergleich ablehnt oder sich freiwillig dem Mehrheitswillen unterordnet, bleibt dieser allein maßgebend.

§ 2. Dieses demokratische Prinzip wollen wir in Deutschland und im Völkerleben durchführen.

Wir fordern deshalb den Ausbau des internationalen Privatrechts und des Völkerrechts und treten insbesondere für die Bestrebungen ein, die geeignet sind, die Kriege einzuschränken oder aus der Welt zu schaffen. Wir wünschen ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren.

Wir fordern ein internationales Arbeiterrecht. Wir erstreben einen Völkerbund, der auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung aufgebaut ist, die innere Entwicklung Deutschlands nicht beeinträchtigt und seinen Lebens-notwendigkeiten Rechnung trägt. Wir wollen an den allgemeinen Kulturaufgaben der Menschheit mitarbeiten. Wir halten es für eine wichtige Aufgabe, die gegenseitige Annäherung der Völker nach Kräften zu fördern. Zu diesem Zwecke fordern wir Maßnahmen, durch welche die Kenntnis der fremden Völker bei uns vertieft und in weitere Kreise verbreitet wird.

§ 3. Unbeschadet unserer auf Völkerverständigung gerichteten Bestrebungen fordern wir die Pflege der nationalen Eigenart und Kultur, die Stärkung des nationalen Gemeinsinnes.

Wir stehen fest auf dem Boden des nationalen Staates, denn nur der nationale Staat vermag die unabhängige Entwicklung des deutschen Volkes zu verbürgen und die kulturelle Eigenart und Bedeutung unseres Volkes zu wahren und zu schützen. Wir erblicken in den Nationen große historische Persönlichkeiten, die das Recht der Selbstbestimmung zu beanspruchen haben. Dieses Recht nehmen wir selbstverständlich auch für das deutsche Volk in Anspruch und fordern die Möglichkeit der freien Entfaltung aller seiner Kräfte und Anlagen nach innen und außen. Für deutsche Volksteile in fremden Staaten fordern wir die Möglichkeit der freien Betätigung ihrer nationalen Eigenart (eigene Schulen usw.). Dieselben Rechte sollen auch nicht-deutschen Volkssplittern im Deutschen Reiche gewährt werden.

§ 4. Wir wollen ein einiges, einheitliches Deutsches Reich.

Beim Reiche sollen verbleiben die bisher dazu gehörigen Länder in den Grenzen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker, unter Wahrung der Lebensnotwendigkeiten des Reiches, zieht.

In den Reichsverband sollen alle Länder aufgenommen werden können, deren Bevölkerung aus Grund des Selbstbestimmungsrechtes die Aufnahme wünscht. Im einigen Deutschen Reich haben Einzelstaaten mit den bisherigen Befugnissen keinen Raum mehr. An ihre Stelle treten die Gliedstaaten des Reiches, auf Stammeseigenart und Kultur, geschichtliche und wirtschaftliche Gemeinschaft gegründete Selbstverwaltungskörper. Sie sollen in ihrer Größe und ihren staatsrechtlichen Befugnissen die rechte Mitte finden zwischen dem alten Einzelstaat (Bundesstaat) und der Provinz. Die Bildung neuer Gliedstaaten ist von

der Zustimmung des Reiches abhängig. Die Vertretung nach außen ist ausschließlich Reichssache. Es gibt nur ein einheitliches deutsches Heer. Das Reich regelt und verwaltet das ganze Verkehrswesen (Eisenbahn, Wasserstraßen, Luftverkehr, Post usw.). Das Reich ordnet gesetzlich Steuern und Zölle nach einheitlichem System; nur bestimmte Steuern und Einnahmen überläßt es im Rahmen dieses Systems den ihm eingeordneten Gliedstaaten. Das Reich kann seine Zuständigkeit mit einfacher Gesetzgebung (ohne Verfassungsänderung) ausdehnen. Reichsrecht bricht Landesrecht! Ein einiges deutsches Staatsbewußtsein muß allen Partikularismus überwinden.

§ 5 Wir fordern für die deutsche Republik ein politisches Parlament als den alleinigen Träger des Volkswillens.

Alle mündigen deutschen Männer und Frauen wählen hierzu nach dem gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahlrecht, das wahrhaft demokratisch auszugestalten ist. Die Legislaturperiode des Parlaments darf höchstens drei Jahre betragen. Dem politischen Parlament stehen als beratende Körperschaften die beiden folgenden zur Seite

- a) die der regionalen Gliederung des deutschen Volkes Rechnung tragende Vertretung der Stämme (Reichsrat)
- b) die der beruflichen Schichtung des deutschen Volkes Rechnung tragende Vertretung der schaffenden Volksgenossen.

Die beratenden Körperschaften gehen nicht aus Urwahlen hervor. Die Mitglieder des Reichsrates werden von Regierung und Landtag der Gliedstaaten entsandt. Sie sind an keinerlei Instruktionen gebunden, sondern stimmen nach ihrer freien persönlichen Überzeugung. Die Vertretung des schaffenden Volkes wird nach den von der Nationalversammlung aufzustellenden Grundsätzen des Rätessystems gewählt.

Der Präsident der deutschen Republik wird durch Urwahl von, deutschen Volke gewählt. Er ernennt alle Reichsminister lediglich nach Maßgabe ihrer persönlichen Tüchtigkeit. Den Parteien steht kein Präsentationsrecht zu, die Reichsminister bedürfen jedoch zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Parlamentsmehrheit.

§ 6. Unseren demokratischen Grundsätzen entsprechend lehnen wir es ab, die Verteidigung des Vaterlandes gegen innere und äußere Feinde einer bezahlten Söldnerschar zu überlassen.

Wir fordern die allgemeine Wehrpflicht. Das auf Disziplin und Kameradschaft begründete deutsche Volksheer, aus dem jede Standesprivilegien verbannt sind, muß stark genug sein, um Ruhe und Frieden im Innern aufrecht zu erhalten und unsere Grenzen gegen jeden Angriff zu schützen. Internationale Abrüstung, gleichmäßig für alle Länder, ist zu erstreben, berührt jedoch den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht nicht.

§ 7. Wir fordern die Überwindung von Klassenhaß und Klassenkampf durch Betätigung sozialer Gesinnung im politischen, beruflichen und persönlichen Leben.

Im politischen Leben fordern wir durchgreifende staatliche und kommunale Maßnahmen zur schnellen Behebung der sozialen Notstände, besonders der Landnot, Wohnungsnot, Kleidungsnot und Lebensmittelnot. Darüber hinaus fordern wir im beruflichen und persönlichen Leben nicht nur die selbstverständliche, bereitwillige Durchführung der behördlichen sozialen Maßnahmen, sondern deren weitgehende, freiwillige Ergänzung mit dem Ziel der Durchdringung der gesamten Lebensführung mit sozialem Geiste. Anstelle von Armen-Unterstützung und vereinzelter Wohlfahrtsmaßnahmen fordern wir den großzügigen, einheitlichen Ausbau der gesamten Wohlfahrts- und Gesundheitspflege — besonders der Jugendfürsorge und -pflege in Reich, Staat und Gemeinde auf der Grundlage der Selbstverantwortlichkeit und der tätigen Mitwirkung aller beteiligten Volkskreise. Wir fordern energische Durchführung und Ausbau der Bestimmungen über Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz unter weitgehender Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Durchführung aller Maßnahmen, Arbeitslosenversicherung an Stelle von Erwerbslosenunterstützung. Den Grundsätzen der Bodenreformer stimmen wir von ganzem Herzen zu und fordern ihre baldmöglichste Verwirklichung.

§ 8. In der Wirtschaftspolitik erstreben wir die Gewährleistung einer ausreichenden Mindestversorgung (Existenzminimum) aller Volksgenossen.

Dazu ist erforderlich: Anstelle der bisherigen anarchischen Produktion unter rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Stetigkeit der Güterbeschaffung und den Interessen der Volkswirtschaft entsprechende Regelung der Güterverteilung. Je nach der Gestaltung der wirtschaftlichen Weltlage wird unsere Wirtschaftspolitik sich auf die Eigenversorgung des Reiches einstellen müssen oder weltwirtschaftliche Ziele erstreben können. Grundsätzlich fordern wir, daß sich die Produktion nach dem Bedarf der Wirtschaftseinheit (Individuum, Kommune, Zweckverband, Staat) richtet. Darüberhinausgehende Warenproduktion erscheint uns nur insoweit zulässig, als die Wirtschaftseinheit auf den Einkauf fremder Wirtschaftsgüter gegen eigene Überschüsse angewiesen ist. Das volkswirtschaftliche Leben ist so zu regeln, daß die gesteckten Ziele unter möglichst geringen Opfern an Naturschätzen und Menschenkraft erreicht werden. Nur die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit darf über die Wahl der Formen (Individual-, Verkehrs- oder Gemeinwirtschaft) für die einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens entscheiden; die Freiheit der arbeitsleitenden Persönlichkeiten ist ebenso unentbehrlich wie die Aussicht des Staates über die Ausnutzung von Boden und die Volkskraft und den Wirtschaftsverkehr.

Für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel (Sozialisierung), deren grundsätzliche Ablehnung ebenso aus politisch-psychologischen wie wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen bekämpft werden muß, ist die Eigenart und der Stand der Entwicklung der verschiedenen Produktionszweige maßgebend. Wo leichte Beweglichkeit der Betriebsführung und schnelle Entschlußfähigkeit wesentliche Erfordernisse sind muss der freie Wettbewerb erhalten werden; auf den Gebieten mit überwiegender Verwaltungstätigkeit und in monopolistisch entwickelten Wirtschaftszweigen können gemeinwirtschaftliche Betriebsformen Platz greifen.

§ 9. Die Aufstellung eines umfassenden grundsätzlichen Finanz-Programms ist im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich.

Nur einige Richtlinien für die Steuerpolitik können hier vorgezeichnet werden

Die Besteuerung hat zu erfolgen nach der Leistungsfähigkeit, mithin Progression unter Berücksichtigung der Versorgungspflicht (Kinderzahl und dergleichen). Alle Steuerprivilegien fallen fort. Die Durchführung des unitarischen Grundsatzes auch auf dem Gebiet des Steuerwesens wurde bereits oben (§4) gefordert. Das fundierte, lediglich aus Vermögensnutzung gezogene Einkommen ist stärker zu besteuern als unfundierte, durch geistige oder körperliche Arbeit erworbene Einkommen, das mit dem Tode fortfällt, während das Renteneinkommen den Hinterbliebenen bleibt. Bei der Grundsteuer ist ein höherer Satz zu erheben von unbebauten, zur Bebauung geeigneten Grundstücken als von bereits bebauten. Die Veranlagung hat zu erfolgen nach dem von dem Eigentümer selbst geschätzten Werte. Um Betrug zu verhindern, hat die Gemeinde das Recht, das Grundstück im Falle nachweislich falscher Einschätzung zu diesem selbst geschätzten Werte zu erwerben. Die großen Vermögen sind regelmäßig stark nach oben gestaffelt zu besteuern. Jede Erbschaft ist zu besteuern. Die Sätze wachsen mit der Höhe des Wertes und dem Grade der Entfernung der Verwandtschaft des Erben mit dem Erblasser unter Berücksichtigung der Anzahl der Erben. Um Hinterziehung zu verhindern, ist eine gleichartig gestaffelte Schenkungssteuer notwendig. Die Immobilien-Verkehrs-Steuer soll aufs stärkste den Konjunktur- und Spekulationsgewinn treffen, sie wird umso höher, je kürzere Zeit das Objekt in der Hand des Verkäufers war. Die Steuerveranlagung auf dem Lande hat nicht durch die Landräte, sondern durch besondere, hauptamtlich dafür angestellte Beamte zu erfolgen, die durch paritätisch aus Besitzern von großen und kleinen Gütern sowie geeigneten Persönlichkeiten der nächsten Städte zusammengesetzte Kommissionen unterstützt werden. Bei den indirekten Steuern sind die notwendigen Lebensbedürfnisse möglichst zu schonen, die Luxusartikel umso schärfer heranzuziehen. Die Kriegsgewinne sind scharf zu erfassen. Es geht nicht an, daß der Krieg, den die Gesamtheit verloren hat, für den einzelnen ein Gewinn ist.

§ 10. Wir fordern als Organ der neuen deutschen Erziehung die Einheitsschule.

Aufsteigend vom Volkskindergarten bis zur Volkshochschule und Universität soll sie der Entfaltung aller im Volke schlummernden Anlagen und Kräfte dienen. Danach trennen sich die Schulgattungen nicht nach materiellem Besitz, sondern nach Begabungsunterschieden. Die einheitliche Methode für Unterricht und Erziehung aus allen Stufen ist die sogenannte Arbeitsschulmethode. Dazu ist erforderlich pädagogisch einheitlich vorgebildeter Lehrerstand. Die Schule bildet mit dem übrigen Volksleben eine organische Einheit, die praktisch durch Schulsynoden aus Vertretern der Lehrer, Eltern und der Geistlichkeit, der Wissenschaft, Kunst und Technik usw. herzustellen ist.

§ 11. Der Kulturstaat hat am religiösen Leben höchstes Interesse, doch besteht seine Aufgabe lediglich darin, die Entfaltung und Verinnerlichung des religiösen Lebens sicherzustellen.

Alle Staatsbürger genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und staatlichen Schutz für ungestörte Religionsübung. Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern ist unabhängig von dem Religionsbekenntnis. Es gibt keine Staatskirche. Die Religionsgesellschaften sind unabhängig vom Staat, genießen aber seinen Schutz; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Alle anerkannten Religionsgesellschaften und die bisher mit Korporationsrechten ausgestatteten Religionsgemeinschaften haben die Rechte einer öffentlichen Korporation mit dem Recht der Selbstbesteuerung. Andere Religionsgesellschaften können diese Rechte durch Reichsgesetz erlangen. Dem religiösen Bedürfnis der deutschen Jugend muß in weitgehenden Maße Rechnung getragen werden. An allen Schulen muß konfessioneller Religionsunterricht und religionskundlicher Unterrichterteilt werden. Der Schüler kann sich an beiden, er muß sich an einem beteiligen. Die Entscheidung darüber steht bis zum 14. Lebensjahre bei den Eltern der Schüler, von da ab bei diesen selbst. Ein Zwang zur Erteilung des konfessionellen Religionsunterrichts darf auf den Lehrer nicht ausgeübt werden. Jede geistliche Aufsicht und Leitung des staatlichen Religionsunterrichts muß unterbleiben. Doch steht den Religionsgesellschaften beratenden Einfluß auf die Vorbildung der Religionslehre zu. Durch die Schaffung von Schulsynoden soll eine vertrauensvolle Arbeitsgemeinschaft und ein gegenseitiger Austausch zwischen den Vertretern von Kirche und Schule gesichert werden. Die theologischen Fakultäten sollen nicht nur wie bisher bestehen bleiben, sondern jede große Religionsgesellschaft soll entsprechend ihrer Mitgliederzahl an einer oder mehreren Hochschulen durch eine Fakultät vertreten sein.

Aktionsprogramm.

§ 1. Völkerverständigung und nationale Frage.

Wir fordern einen gerechten Frieden gemäß den vierzehn Punkten Wilsons, sofortige Herausgabe unserer Kriegsgefangenen, Rückerstattung der für das deutsche Wirtschaftsleben unentbehrlichen Kolonien, Gründung eines auf demokratischen Grundsätzen ausgebauten Völkerbundes, in den auch Deutschland als völlig gleichberechtigtes Glied aufgenommen wird. Zur Anbahnung einer wirklichen Völkerverständigung muß die Kenntnis des Auslandes durch Pflege der Auslandkunde auf allen Schulen gefördert werden und von Reichswegen die systematische Erforschung des Auslandes intensiv betrieben werden. Ein tiefes Eindringen in die Eigenart der deutschen Lande, deutschen Sprache und Kultur ist die unentbehrliche Grundlage für alle Erfassung fremder Volksart und Kultur.

§ 2. Reichseinheit und Bundesstaaten.

Wir wollen ein einiges Deutsches Reich, das auch die durch Abstammung und Geschichte, Sprache und Kultur zu uns gehörenden Deutsch-österreicher mit uns vereint. Wir fordern auch für sie das in Wilsons vierzehn Punkten zugesagte Selbstbestimmungsrecht, insbesondere für die Deutschen Böhmens, Schlesiens, Westungarns und Südtirols. Wir erstreben ein Aufgehen der bisherigen Bundesstaaten im Reich, aber nur aller deutschen Länder. Solange nicht alle Bundesstaaten, wie wir wünschen, nach geschichtlichen und stammesmäßigen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sich zu neuen Gliedstaaten des Reiches umgebildet haben, soll auch Preußen bestehen bleiben, gegebenenfalls nur Streugebiete abgeben und aufnehmen. Jedenfalls soll aber schon jetzt alles vermieden werden, was der angestrebten Entwicklung zum Einheitsstaat den Weg verbauen und einer neuen Festigung partikularistischer Tendenzen dienen könnte. Alle Reservatrechte sollen schwinden, kein neuer Bundesrat soll geschaffen werden. In der Verfassung muß mindestens festgelegt werden: ausschließliche Reichssache sind außer der bisherigen Reichszuständigkeit: auswärtige Vertretung, Heerwesen und das ganze Verkehrswesen (Eisenbahn, Wasserstraßen, Luftverkehr, Post usw.!..Das Steuerrecht muß von den Reichsbedürfnissen ausgehen, die alte Teilung — indirekte Abgaben dem Reiche, direkte Steuern den Bundesstaaten — muß fallen. Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensteuern vom Kapital sollen dem Reich zustehen. Das Reich kann seine Zuständigkeit in einfacher Gesetzgebung (ohne Verfassungsänderung) ausdehnen. Reichsrecht bricht Landesrecht.

§ 3. Verfassungsfragen.

Die staatsrechtlichen Befugnisse des Staatenausschusses sind auf Beratung und Initiative bei der Gesetzgebung zu beschränken. Auf keinen Fall darf sich der Staatenausschutz zu einem der souveränen Nationalversammlung gleichberechtigten gesetzgeberischen Faktor auswachsen. Die Entsendung der bundesstaatlichen Vertreter zum Staatenausschuss hat durch Regierung und Landtag der Bundesstaaten zu erfolgen. Sie sind an keinerlei Instruktionen gebunden, sondern stimmen nach ihrer freien persönlichen Überzeugung.

Wir fordern unverzügliche Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Rätefrage. Der Regierungsentwurf über die verfassungsmäßige Festlegung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten soll zusammen mit den Anfragen der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten (Cohen-Kaliski) auf dem Rätekongress die Basis bilden für die Beratung des endgültigen Verfassungsparagraphen und für die Ausarbeitung einer Rätewahlordnung. Diese Wahlordnung soll der Nationalversammlung in denkbar kürzester Zeit vorgelegt werden. Nach ihrer Annahme sind alsbald die Wahlen auszuschreiben.

§ 4. Wehrfrage.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass ein freies Volk, das sich selbstregiert, sich auch selbst schützen muss. Deshalb fordern wir grundsätzlich ein auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebautes Volksheer. Bis zur

Beendigung der Revolution und zur Wiederaufrichtung der allgemeinen vaterländischen Moral sind aber nur sorgfältig ausgesuchte und disziplinierte Freiwilligentruppen, ergänzt durch örtliche Einwohnerwehren, ein genügend zuverlässiges Machtmittel in der Hand der Regierung. Wir halten deshalb die im Reichswehrgesetz und in dem Gesetz über die vorläufige Reichsmarine vorgesehene Lösung der Wehrfrage für die zurzeit einzig mögliche. Das alte Heer ist wegen des Verfalles seiner Disziplin möglichst bald aufzulösen.

§ 5 Sozialpolitik.

Wir fordern.

- a) zur Aushebung der Landnot: Baldmöglichste Durchführung der vom Abg. Schmidthals aufgestellten Grundsätze für die Neusiedelung, unter Berücksichtigung der Ansiedelung der Land- und Industriearbeiter — Schaffung der Möglichkeit des Aufstieges des Landarbeiters zum selbständigen Stellenbesitzer. — Alsbaldige Umwandlung der Zeitpachten in Erbpachten. — Möglichste Umwandlung von Pachtbesitz in Eigentum. — Vergrößerung der Kleinwirtschaften durch Ermöglichung von Zukaufs oder Zupachtung besonders auch von Gutsland.
- b) Zur Aufhebung der ländlichen Wohnungsnot: Schleunigen Ausbau der Landarbeiterwohnungen. Zwangszuweisung freistehender Wohnräume. Baldmöglichsten Neuausbau von Wohnhäusern. Zur Durchführung dieser Forderungen unter anderem Zuweisung von Holz aus staatlichen und anderen öffentlichen Forsten zu billigen Preisen. Holzzuweisung auch aus privaten Forsten, gegebenenfalls unter Anrechnung als Kriegs- oder Vermögensabgabe.
- c) Zur Aufhebung der städtischen Wohnungsnot: Durchgreifende Zwangszuweisung von Wohnungen. Baldmöglichste Beschaffung neuer Wohnungen ohne Nachsicht auf die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung.
- d) Zur Aufhebung der Kleidungsnot: Schleunigste Abgabe aller nur irgendwie entbehrlichen Rohstoffe aus Heeresbeständen, sofortige Zulassung des freien Textilhandels, in letzter Linie Beschränkung der für den Gebrauch des einzelnen zulässigen Menge von Kleidungsstücken und Wäsche. Abgabepflicht für den Überrest.
- e) Zur Aufhebung der Lebensmittelnot: Bekämpfung deswucherischen Schleichhandels. Schließung der Luxusgaststätten. Möglichste Verbilligung der abzugebenden Ausland-Lebensmittel.

§ 6. Wirtschaftspolitik.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist die oberste Pflicht des Staates die Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Stärkung des Arbeitswillens. Es sind umfangreiche Notstandsarbeiten anzuordnen (dazu gehört z. B. auch Wohnungsbau) und das Interesse an der Arbeit durch wirtschaftliche Bevorzugung der Arbeitswilligen zu fördern. Die Bevorzugung soll nicht so sehr in einer Erhöhung der Arbeitslöhne, als in Gewährung von Sachgütern (Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung) bestehen. Zur Durchführung der Sozialisierung ist sofort wieder eine Sozialisierungskommission einzuberufen, bestehend aus Sachverständigen aller Wirtschaftszweige und hervorragenden Vertretern der Volkswirtschaftslehre. Die Arbeiten dieser Sozialisierungskommission müssen von aller bürokratischen Bevormundung freigehalten und unverzüglich für den Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens fruchtbar gemacht werden.

§ 7. Steuerpolitik.

Wir fordern sofortige gesetzgeberische Maßnahmen zur Erfassung der Kriegsgewinne und schleunigste Durchführung dieser Maßnahmen. Die Abwanderung von Kapital ins Ausland muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

§ 8. Schulwesen.

Die praktische Ausgestaltung der Einheitsschule ist als bald einzuleiten unter organischer Anknüpfung an das Bestehende. Die unterste Vorschulklasse wird ab Ostern 1920 aufgehoben, so daß nach drei Jahren der Vorschule ganz verschwindet. Es werden alsbald Übergangsklasseneingerichtet, die begabten Kindern aus Volks- und Mittelschulen den Übergang zu höheren Lehranstalten ohne erheblichen Zeitverlust ermöglichen. - Die Differenzierung des Schulwesens nach Begabungsunterschieden ist einzuleiten durch Errichtung von Klassen für Hochbefähigte und für spezifisch begabte Schüler. Bei der Einschulung ist das Selbstbestimmungsrecht der Eltern zu wahren. Privatschulen sind, soweit sie die erforderlichen Garantien bieten, zuzulassen.

Die Verbindung zwischen Schule und Leben ist durch die alsbald zu schaffenden Schulsynoden herzustellen (kommunale, Kreis-, Provinz-, Staats-, Reichsschulsynoden). Den Schulsynoden gehören an: Vertreter der Lehren der Eltern, der Geistlichkeit, der Wissenschaft, Kunst und Technik.

Die Schulsynoden sollen beratend mitwirken bei der Um- und Ausgestaltung des Schulwesens, der Aufstellung der Lehrpläne und dergleichen. Die Verwaltung der einzelnen Schulen soll aus kollegialer Grundlageausgebaut werden. Der Schulleiter ist von der Behörde nach Anhörung der Schulsynode zu ernennen. Die Errichtung von Volkshochschulen ist sofort in Angriff zu nehmen und aufs tatkräftigste zu fördern.

§ 9. Staat, Kirche, Religionsunterricht.

Wir fordern die sofortige Einführung des religionskundlichen Unterrichts in allen Lehrerbildungsanstalten und baldmöglichen Beginn dieses Unterrichts in allen Schulen. Sofortigen Wegfall der zwangsmäßigen Teilnahme der Dissidentenkinder am konfessionellen Religionsunterricht. Die Trennung von Staat und Kirche ist alsbald einzuleiten, hat aber in angemessener Übergangszeit zu erfolgen. In dieser Übergangszeit ist der Staat verpflichtet, die vom alten Staat eingegangenen finanziellen Verpflichtungen restlos zu prüfen.

Deutsche demokratische Jugendvereine in Deutschland.

Auf der Jugendtagung in Berlin waren vertreten:

Jungdemokratischer Verein Bochum, Alleestr. 12.

Demokratischer Jugendverein Elberfeld, Karlstr. 10.

Deutsch=demokratische Jugendgruppe Königsberg, Junterstr. 7.

Jungdemokratischer Verein Nordhausen (Harz), Osterstr. 1a.

Deutsch=demokratischer Jugend=Verein Düsseldorf, Wehrhahn 27.

Deutsch=demokratischer Jugend=Verein Insterburg, Schloßstr. 2.

Deutsch=demokratischer Jugend=Verein Remscheid, Elbersfelder Straße 33.

Deutsch=demokratischer Jugend=Verein Leipzig, Töpserstr. 4.

Deutsch=demokratische Jugend=Gruppe Aschersleben (Harz), Leopoldstr. 7.

Deutsch=demokratische Jugend=Gruppe Braunschweig, Waisenhaus

Deutsch=demokratische Jugend=Gruppe Guben, Frankfurter Straße Nr. 39-40.

Verein junger Deutsch-Demokraten, Halle, Leipziger Str. 21 I.

Verein der Deutsch-demokratischen Partei Löbau, Ostsachsenland.

Deutsch-demokratischer Jugendverein Köln.

Jungdemokratischer Verein Lüdenscheid (Westfalen).

Deutsch=demokratischer Jugend-Verein Leipzig, Rudolfstr. 4.

Deutsch=demokratischer Jugendbund Hamburg, Jungfernstieg 8.

Jugendgruppe der Deutsch=demokratischen Partei Tilfit.

Deutsch-demokratischer Jugend-Bund Stuttgart.

Jugendverein der Deutsch-demokratischen Partei Annaberg (Obererzgebirge).

Jugendverein der Deutsch-demokratischen Partei Breslau, Siebenhufenerstr. 10.

Deutsch=demokratischer Jugendverein Görlitz.

Deutsch=demokratischer Jugendverein Groß - Berlin, Berlin, Burgstr. 27

Deutsch=demokratischer Jugendverein Stettin, Bollwerk 28.

Deutsch=demokratischer Jugendverein Brandenburg, Steinstr. 31.

Deutsch=demokratischer Jugendverein Bunzlau, Adr. Herrn Hanisch. Schönefelder Straße 18a.

Deutsch-demokratischer Jugendverein Thorn, Alter Markt 20.

Deutsch-demokratischer Verein Zittau.

Deutsch-demokratischer Jugendverein Sagan, Alter Ring 8.

Deutsch-demokratische Jugendgruppe Schwedt a. d. Schloßfreiheit 17.

Deutsch-demokratischer Jugendverein des 18. Bezirks der Deutsch-demokratischen Partei Hagen in Westfalen, Neumarkt 18.

Jugendgruppe der Deutsch-demokratischen Partei Frankfurt a. M, Mainzer Gasse 30.

Deutsch-demokratische Jugendgruppe Weimar, Adr.: Herrn Dr. Heinemann, Hummelstraße. Demokratischer Verein Jugendgruppe Graudenz.

Nicht angeführte Jugendvereine werden gebeten, ihre Adresse der Hauptgeschäftsstelle des Bundes der Deutsch=demokratischen Jugendvereine, Berlin C. 2., Burgstr. 27 II, sofort zu übermitteln.

Die Organisation des Bundes der Deutschen, Herbert Kugelmann

demokratischen Jugendvereine. Von Herbert Kugelmann, Hamburg.

Bund der Deutschen demokratischen Jugendvereine, gegründet am **26. April** dieses Jahres in Berlin, hat sich laut Satzungsentwurf eine möglichst einfache Organisation gegeben, um den Apparat der Bewegung nicht zu kompliziert zu gestalten.

Geschäftsstelle des Bundes befindet sich in Berlin beim deutschdemokratischen Jugendverein Groß-Berlin, dem die Leitung der vorläufig übertragen worden ist. Ihm zur Seite stehen die Geschäftsstelle die unter Anlehnung an die Gesamt-Organisationen der Deutschen demokratischen Partei in den einzelnen Wahlkreisen begründet werden. Die Hauptgeschäftsstelle leitet die gesamten Angelegenheiten des Bundes, und vertritt den Bund für die laufenden Geschäfte nach außen. Die Geschäftsstellen haben in ihrem Wahlkreise die Jugendvereine zu gründen und zu unterstützen und vor allen Dingen dafür zu sorgen daß die demokratische Jugend in allen Orten ihrer Bezirke sich eng zusammenschließt. Voraussetzung ist, dass die Jugendvereine den zuständigen Organisationen der Deutschen demokratischen Partei angehören, da ja auch die gesamte Deutsche demokratische Jugendbewegung innerhalb der Deutschdemokratischen Partei arbeitet und der alljährlich stattfindende Jugendtag im Anschluß an den Parteitag abgehalten wird.

Zur Unterstützung der Hauptgeschäftsstelle ist ein Reichs-Ausschuß gedacht, der, bestehend aus zwölf Mitgliedern, die von dem Jugendtag aus den Reichsvereinen gewählt werden, zusammen mit sechs Mitgliedern der Hauptgeschäftsstelle den Gesamt-Vorstand des Bundes bildet. Die bereits existierenden Jugendvereine müssen ihre größte Aufgabe in der sofortigen Neugründung der Deutschen demokratischen Jugendvereine an den Orten, wo solche noch nicht existieren, erblicken und mit allen Mitteln versuchen, diese Gründungen zu beschleunigen. Auch die demokratischen Hauptvereine, die noch keine Jugendgruppen haben, sollen sich mit der Hauptgeschäftsstelle oder einem Jugendverein einer in der Nähe gelegenen Stadt in Verbindung sehen, um mit diesem die Neugründung vorzunehmen. Der Jugendverein ist eine geschlossene Körperschaft innerhalb der Partei und umfaßt alle jungen Männer und Frauen bis ungefähr dreißig Jahren, die auf dem Boden der Deutschen demokratischen Partei stehen. Er schließt sich eng an den bestehenden Lokalverein an, entsendet Mitglieder in den Vorstand und in die Ausschüsse dieses Vereins, genau wieder Vorstand des betreffenden Ortsvereins seinen Vertreter in den Jugendverein entsendet. Wie diese Organisation in den einzelnen, dem Bunde angeschlossenen Vereinen vor sich geht, ist auch die Organisation der Leitung des Bundes (der Hauptgeschäftsstelle). Auch die Hauptgeschäftsstelle entsendet Vertreterin den engeren Vorstand der Deutschen demokratischen Partei. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei ist durch ein Mitglied mit Sitz und Stimme im Vorstande des Bundes der Deutschen demokratischen Jugendvereine vertreten, und durch weitere drei Vertreter mit Sitz und Stimme auf dem Jugendtag selbst. Die Mitglieder der Deutschdemokratischen Jugendvereine sind gleich-zeitig Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei und ist es den einzelnen Vereinen überlassen, die Art der Finanzwirtschaft mit den Parteivereinen an ihren Orten selbständig zu regeln. Es wäre selbst-verständlich zweckmäßig, daß die Jugendvereine, um ungehindert arbeiten zu können, ihre eigene Finanzwirtschaft betreiben und der Hauptverein ihnen die Beiträge möglichst ungekürzt beläßt. Jeder neu gegründete Jugendverein setzt sich sofort nach Gründung mit der nächsten Geschäftsstelle oder dem nächsten größeren Jugendverein in Verbindung, um von diesem die Anleitung zu weiterer Arbeit zu erhalten. In kleineren Städten bildet sich ein Vorstands- und Arbeits-Ausschuß, dem die Führung des Bundes, Leitung der politischen, geselligen und wissenschaftlichen Abende und Veranstaltungen obliegt. Einzelne Mitglieder dieses Vorstandes und Arbeits-Ausschusses sind als Leiter dieser einzelnen Ressorts für die Durchführung der ihnen übertragenen Arbeiten verantwortlich. In größeren Städten, wo der Hauptverein mehrere Bezirksgruppen oder Bezirksvereine hat, entsendet der Vorstand resp. Arbeits-Ausschuß des Jugend-Vereins Vertreter in die Vorstände der einzelnen Bezirksvereine zwecks engster Fühlungnahme mit der Arbeit der Bezirke. Ergründet, je nach Stärke der Bezirke, Arbeitsgruppen, die selbständig Veranstaltungen treffen, da es in größeren Städten nicht möglich sein wird, alle Veranstaltungen zentralisiert zu machen. Die erste Aufgabe eines Jugendvereins ist die Vertiefung

des politischen Wissens seiner Mitglieder. Zu solchem Zwecke hält er politische Diskussionsabende ab, an denen sich führende Mitglieder der Partei beteiligen und den jungen Mitgliedern Vorträge über politische Themen halten. An diese Vorträge schließen sich Aussprachen an, die zur Aufklärung der einzelnen Mitglieder dienen. Diskussionsabende kleineren Stils, bei denen der Verein selbst die Referenten stellt, müssen häufig veranstaltet werden, damit die Mitglieder rednerisch und politisch geschult werden. Diejenigen jüngeren Mitglieder, die politisch weiter fortgeschritten sind, bilden besondere Arbeitsgruppen, um sich über die Tagesfragen auszusprechen, und tatsächlich politische Arbeit zu leisten, wie sich z. B. mit Fragen der Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftsfragen und Räte-system zu beschäftigen. Von solchen Arbeitsgruppen sind die befähigten Mitglieder in die gegnerischen und Parteiversammlungen zuschicken und als Referenten für die Diskussions- und Werbe-Abende zu verwenden. Die Jugendvereine veranstalten bei politischen Anlässen, wie auch zu Zwecken der-Propaganda, größere Versammlungen, an denen möglichst junge Referenten über die Ziele und Bestrebungen der Jugendbewegung und über politische Fragen sprechen. Es ist aber nicht ausgeschlossen und dringend erwünscht, daß auch führende Männer des öffentlichen Lebens Referate an solchen Abenden halten, um möglichst weite Kreise für die Jugendbewegung zu interessieren. Neben den Aufgaben der politischen Arbeit, d. h. der Verjüngung der Partei durch die Jugend, soll die Geselligkeit und dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder gepflegt werden. In den Sommer-monaten möglichst viel im Freien! Im Winter Zusammenkünfte bei gemütlichen Vorträgen und angeregtem literarischem Genuß! Besichtigungen von größeren Werken, Kunsthallen, Museen usw. sind ein wertvolles Glied zur Bereicherung des Wissens unserer jungen Mitglieder und weben genau wie die Geselligkeit ein enges Band um die verschiedenen Schichten der in den Jugendvereine vertretenen Kreise. Die politische Arbeit soll die Jugend dazu anregen, ihre politische Gesinnung offen innerhalb der Partei und vor unseren Gegnern zu vertreten und straffe Disziplin muss die Jugend zur Ausübung praktischer Wahlhilfe für die Partei und zu tätigem Anteil an allen Aufgaben der Werbearbeit für die Jugendbewegung und Gesamtpartei erziehen. Wo der Wunsch vorhanden und die Gelegenheit dazu gegeben, sollen sich innerhalb der Jugendvereine Fachgruppen der verschiedenen Berufe zur Besprechung aktueller Fragen in der Wirtschafts- und Berufspolitik bilden. Es muss aber die Aufgabe des Vorstandes des Vereins als Verbindungsglied für die einzelnen Arbeitsgruppen sein, dass eine Dezentralisation der Arbeit nie zur Zersplitterung der Kräfte führt. An Orten, wo Hochschulen und Universitäten sich befinden, müssen die Akademiker, sei es in Form eines demokratischen Studentenvereins oder einer demokratischen Verbindung, an den Jugendverein angeschlossen werden, um auf diese Art und Weise ständig die demokratische Jugend innerhalb der Partei fest zusammenzuhalten, damit die Jugendbewegung nie an Stoßkraft verliert.

Satzungsentwurf des Bundes Deutscher demokratischer Jugendvereine

I Name, Zweck und Sitz.

§ 1

Der Bund der Deutschen demokratischen Jugendvereine umfasst die in Groß-Deutschland bestehenden Deutschen demokratischen Jugendvereine.

§ 2

Der Bund bezweckt, sämtliche zur Deutschen demokratischen Parteigehören den Jugendvereine organisatorisch zusammenzufassen und in der Deutschen demokratischen Partei den Geist der Jugend wachzuhalten und zu beleben.

§ 3

Der Bund hat seinen Sitz in der Stadt, deren Verein zur Hauptgeschäftsstelle des Bundes bestimmt wird. Unter Anlehnung an die Gesamtorganisation der Deutschen demokratischen Partei sind in den einzelnen Wahlkreisen Geschäftsstellen zu begründen.

II. Mitgliedschaft.

§ 4

Mitglied kann jeder Jugendverein werden, der zur Deutschen demokratischen Partei gehört. An größeren Orten, wo mehrere Jugendvereine bestehen, kann nur der Jugendverband dem Bunde beitreten nicht einzelne Verein.

§ 5.

Die Jugendvereine müssen den zuständigen Organisationen der Deutschen demokratischen Partei angehören.

§ 6

Zum Erwerb der Mitgliedschaft ist erforderlich die Anmeldung des Vereins bei der Geschäftsstelle und die Genehmigung der Aufnahme durch die Hauptgeschäftsstelle.

§ 7.

Die Mitgliedschaft geht verloren:

1. durch Austrittserklärung, die von einer Zweidrittelmehrheit einer Mitgliederversammlung des austretenden Vereins beschlossen sein muß.
2. durch Ausschluß. Dieser kann durch den Jugendtag erfolgen, wenn ein Verein die Interessen der Partei oder des Bundes gröblich verletzt.

§ 8.

Der Jahresbeitrag für den Bund wird jährlich durch einen Jugendtag bestimmt. Er ist für jedes Geschäftsjahr bis zum 1. April an die Hauptgeschäftsstelle abzuführen.

§ 9

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 10.

Die Organe des Bundes der Deutschen demokratischen Jugendvereine sind:

1. Der Jugendtag.
2. Der Reichsausschuß.
3. Die Hauptgeschäftsstelle.
4. Die Geschäftsstelle.

§ 11

Der Jugendtag ist das oberste Organ des Bundes der Deutschen demokratischen Jugendvereine. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

1. Klärung grundsätzlicher politischer Fragen innerhalb des Bundes;
2. Entgegennahme des Geschäftsberichts;
3. Entlastung der Hauptgeschäftsstelle und der Geschäftsstellen;
4. Wahl der Hauptgeschäftsstelle;
5. Wahl des Reichsausschusses;
6. Satzungsänderungen.

§ 12.

Jeder selbständige Verein entsendet zum Jugendtag einen Vertreter für jedes Hundert seiner Mitglieder, für welche der letzte fällige Beitrag an die Bundeskasse abgeführt ist. Ein Überschätz von mehr als 50 Mitgliedern gilt als volles Hundert. Kein Verein hat mehr als 20 Stimmen.

Das Stimmrecht kann innerhalb der Ortsvereine übertragen werden.

Der Hauptvorstand der Gesamtpartei entsendet auf den Jugendtag dreistimmberechtigte Vertreter.

§ 13.

Der Jugendtag tritt jährlich im Anschluss an den Parteitag der deutschdemokratischen Partei zusammen. Die Einberufung des Jugendtags muss zwei Monate vorher bekanntgegeben werden. Anträge zum Jugendtag müssen 14 Tage vor dem Zusammentritt des Jugendtages bei der Hauptgeschäftsstelle eingereicht sein, wenn sie zur Verhandlung kommen sollen. Für Initiativanträge auf dem Jugendtage selbst ist die Unterstützung von einem Zehntel der Vertreterstimmen erforderlich. Die Geschäftsordnung des Jugendtages ist die des Reichstages (der Nationalversammlung), sofern der Jugendtag selbst nichts abweichendes bestimmt. Außerordentliche Tagungen können anberaumt werden, sofern es die Geschäftsstelle unter Zustimmung des Reichsausschusses für erforderlich erachtet.

Der Jugendtag muss innerhalb von zwei Monaten einberufen werden, wenn ein Drittel der angeschlossenen Vereine es bei der Hauptgeschäftsstelle unter Angabe des Zweckes beantragt.

§ 14.

Der Reichsausschuss besteht aus 6 Mitgliedern der Hauptgeschäftsstelle, 12 Mitgliedern aus dem Reiche und 1 Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses der Gesamtpartei. Ihm liegt die Führung des Bundes gemeinsam mit der Hauptgeschäftsstelle ob, insbesondere die Prüfung der Finanzen und die Durchführung der Beschlüsse des Jugendtages durch die Hauptgeschäftsstelle.

§ 15.

Die Hauptgeschäftsstelle vertritt den Bund nach außen für die laufenden Geschäfte.

III. Allgemeine Bestimmungen.

§ 16.

Alle Beschlüsse der Bundesorgane sind zu protokollieren und vom Vorsitzenden der Hauptgeschäftsstelle und vom Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 17

Bei Wahlen entscheidet die absolute Mehrheit der Stimmen. Ist eine solche nicht erreicht, so findet Stichwahl zwischen denen statt, die die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18.

Die Auflösung des Bundes kann nur bei Anwesenheit von Dreiviertel der stimmberechtigten Vertreter auf dem Jugendtag beschlossen werden. Ist der Jugendtag nicht beschlußfähig, so ist eine neue Tagung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig ist.

Deutschlands Not und Zukunft? Ein Mahnruf an die deutsche Jugend. Prof. Dr. Herrmann, Posen

Von Professor Dr. Herrmann, Posen, M. d. N.

Anmerkung der Schriftleitung: Dieser Beitrag, aus der Stunde der Not geboren ist erst im letzten Augenblick der Sammlung hinzugefügt worden.

Nach viereinhalb Jahren der unerhörtesten Leistungen und Leiden ist Deutschland zusammengebrochen. Gerade unsere Jugend hat an den Opfern des Weltkrieges ihr vollgerütteltes Maß getragen, und wenn wir uns über diese gewaltige Einbuße an bester Kraft unseres Volkstums hinwegtrösten wollten, dann geschah es wohl vor allem damit daß wir die Hoffnung hegten, daß auf den Trümmern des alten ein neues Deutschland sich erheben würde, der deutsche Volksstaat, dessen Errungenschaften wir freilich auch ohne die erschütternden Umwälzungen des 9. Novembers, als Frucht des furchtbarsten aller Kriege, ernten zu können gemeint hatten.

Nun scheint auch diese Hoffnung gefährdet! Der Feind hat Friedensbedingungen gestellt, die eine Ausgeburt infernalischen Hasses, perverser Rachsucht und blasser Furcht vor den im deutschen Volke schlummernden Kräften sind, ein moralisches, wirtschaftliches und politisches Todesurteil für Deutschland! Nie in der Geschichte unseres Volkes und Staates haben wir vor schwereren Entscheidungen gestanden als jetzt, da wir vor der Wahl stehen, diese Bedingungen an-zunehmen oder abzulehnen, denn die eingeleiteten Verhandlungen dürfte sie kaum wesentlich umgestalten.

Wir können heute nur ahnen, welche furchtbaren Folgen in beiden Fällen über unser gequältes Vaterland hereinbrechen mussten, wollen aber gleichwohl nicht verzweifeln und festentschlossen und kraftvoll, im Glauben an uns selbst und eine Weltgerechtigkeit, den Wiederaufbau des gesunkenen Vaterlandes beginnen. Die Grundsätze der Deutschen demokratischen Partei können uns dabei ein Leitstern sein in ihrem klaren Bekenntnis zu den Ideen des Vaterlandes und des Recht- und Volksstaates und in ihrer rückhaltlosen Anerkennung der sieghaften Kraft der sozialen Idee. Über die Stellung der Jugend zu unserem Programm und innerhalb der Partei ist in dieser Schrift genug gesagt. Diese Zeilen sollen denn auch nur ein Appell an die deutsche Jugend sein zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres Volkes und Staates. Wir brauchen Euch, Ihr seid unsere **Zukunftshoffnung, wir vertrauen Euch!** Freilich, die erschütternden Anzeichen jener physischen und moralischen Lähmung, die wir als erschreckende Folge dieses Krieges immer deutlicher an unserem Volke wahrnehmen müssen, sie zeigen sich nicht zuletzt auch in Eueren Reihen! Diese Krankheitserscheinungen müssen überwunden werden, vor allem die Genußsucht, der Eigennutz, die Arbeitsunlust, die Disziplinlosigkeit, die sich vor allem in dem Geschlecht zeigen, das unter den demoralisierenden Wirkungen eines allzu langen Krieges groß geworden ist. Ihr müßt sie überwinden durch die Losung: „Vaterland, Recht und Freiheit“, durch die Ideen der Gemeinschaft, gekrönt in den erhabenen Gedanken des Vaterlandes, die Idee des Rechtes im Leben des Einzelnen, der Gemeinschaft, des Volkes und in den Verhältnissen der Völker zueinander, die Idee einer richtig verstandenen Freiheit, die nicht gleichbedeutend ist mit „Zügellosigkeit und Ungebundenheit“. Die Jugend eines früheren Geschlechtes, da unser Vaterland ebenfalls in tiefste Rot versunken war, mag Euer Vorbild sein, jene Jugend, die sich in den Jahren 1807 bis 1813 zu den begeisterten Trägern des deutschen Idealismus, vor allem der Gedanken von Vaterland und Freiheit machte, einer Freiheit, die nach außen zu erkämpfen sie begeistert auf den Gefilden von Leipzig ihr Blut vergossen, die aber auch nach innen zu erringen die Zeit der Reaktion ihnen unmöglich machte. Es gibt in der Geschichte unseres Volkes und Staates gar manche Höhen- und Tiefenkurven, deren Betrachtung uns mit Vertrauen in die unerschütterliche Lebenskraft der Deutschen erfüllen kann und muß. Die deutsche Jugend in ihrer Begeisterungsfähigkeit ist am besten geeignet, aus solcher rückschauenden Betrachtung Mut und Kraft und Erhebung für die Zukunft zu schöpfen. Am reinsten wird aber in unseren Tagen tiefster Nacht das Feuer der Begeisterung und der Glaube an unsere innere und äußere Kraft sich entzünden können, wenn Ihr immer nieder hinschaut auf die Tage der Not und Erhebung vor hundert Jahren, wenn Ihr eindringt in den Geist des Mannes, der damals seine Reden an die deutsche Nation gehalten hat, der zugleich ein Erzieher zur Deutschheit und ein Apostel der inneren und äußeren Freiheit gewesen ist! Mit furchtbarer Wucht und schonungslos bat Fichte die schweren Schäden seiner Zeit im Leben der Gesellschaft und des Staates gezeißelt,

um dann die also Gescholtenen zu erheben, indem er ihnen tiefschürfenden Gedanken verkündigte, was deutsches Wesen, deutscher Geist und deutsche Kraft in der Welt bedeuten und zu leisten berufen sind. In diesen Stunden, da wir vor schwersten Entscheidungen stehen, die gerade den Trägern unserer Zukunft, der deutschen Jugend, Opfer fonder Zahl bringen werden, da möge sie das Wort Fichtes beherzigen: „**Charakter haben und deutschsein ist eins!**“ Und nicht minder das Wort: „**Wenn Ihr versinkt, versinkt die ganze Menschheit mit Euch ohne Hoffnung auf Wiederauferstehung!**“ Wenn unsere Jugend Träger solchen Geistes wird, wenn sie an sich selbst glaubt und mutig und entschlossen den Kamps für unsere Wiederauferstehung aufnimmt, dann dürfen wir trotz alledem überzeugt sein, daß wir uns auch aus der tiefsten Nacht, in die hinabzutauchen uns wohl noch bevorsteht, wieder emporringen werden zum hellen Licht!

Berlin, den 16. Mai 1919.

Vorläufiges Programm des nächsten Deutschen demokratischen Jugendtages:

Stattfindend im Anschluß an den kommenden Parteitag:

Vorabend:

Begrüßung der Delegierten.

Sitzungstag:

vormittags:

1. Die Jugendbewegung.
2. Richtlinien zum Parteiprogramm.

Nachmittags:

3. Organisationsfragen.
4. Geschäftliches, Werbearbeit, Zeitschrift.

Referenten werden noch bekanntgegeben.

Zuschriften betreffend die Werbeschrift sind zu richten an

Herrn Herbert Kugelmann, Hamburg, Hansastr. 57

Bundesjugendvereine befindet sich: Berlin C 2, Burgstr. 27

Demokratischer Jugendverein / Groß-Berlin